

Möchten Sie hier werben? Melden Sie sich! TRIER - 48497

Nr. 1 Sommer 09. Gratis



Europäer zweiter Klasse!
die Sinti und Roma fliehen vom alten Kontinent

Im Klima der Straflosigkeit!
politische Morde in den Philippinen

Musterland in Schwierigkeiten
Migrationspolitik in Schweden

Sei nicht klug!
Gedichte von Ayad Bagdadi
mit Kulturteil

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, in unsere junge und noch unbekanntere Zeitschrift einen Blick zu werfen. Auf den kommenden Seiten erwarten Sie keine Internetrecherchen und auch keine Versatzstücke aus der Uni-bibliothek. All unsere Auslandsreportagen wurden von Leuten geschrieben, die vor Ort sind oder waren und sich bestens, weil aus eigener Erfahrung auskennen. Darauf sind wir ein bisschen stolz.

Trotzdem, eine erste Ausgabe ist immer auch ein Wagnis und eine erste Skizze von dem, was wir tatsächlich mit dieser Zeitschrift bieten wollen. Freuen Sie sich auf informative und augenzwinkernde Kolumnen in unseren nächsten Nummern. Wir wollen die Grenzwertig stetig verbessern, "jeden Tag ein bisschen besser machen", würde Jürgen Klinsmann wohl sagen. Um dieses Ziel zu erreichen sind wir auf ihre Mitarbeit angewiesen. Schreiben Sie uns einen Leserbrief, einen Kommentar oder eine Anregung. Wir freuen uns darauf.

Apropos Mitarbeit: An dieser Stelle möchten wir uns bei Michael bedanken, der jede Menge Farbe ins Spiel brachte. Außerdem, dass sei hier unbedingt gewürdigt, bekommen alle unsere Autoren nichts - und geben dennoch was sie können: Ihre Stimme, ihr Wort, ihre Leidenschaft!

Wir wünschen Ihnen eine bereichernde Lektüre.

Ihr Multikulturelles Zentrum Trier

grenzwertig

...wandelt auf fremden Wegen:

... fremde Wege überall!

die Welt im Blick

Im Klima der Straflosigkeit.

Politische Morde in den Philippinen. Von Lilli Breining

Musterland in Schwierigkeiten.

Migrationspolitik in Schweden. Von Laura Kimmlinger

Europäer zweiter Klasse.

Die Roma fliehen vom alten Kontinent. Von Eva-Maria Simon

Das Land gehört niemanden.

Menschenrechtsbeobachtungen in Mexiko. Von Franziska Tansinne

Das Elend ist sichtbar.

Ein Youtube-Video zeigt die Verhältnisse in Griechenlands Lagern.

... fremde Wege vor der Haustür

Trier und Deutschland im Blick

Von der Würde des Menschen...

Ein Kommentar der Gruppe Passierschein A38 zum Ausreisezentrum Trier.

Verfehlte Politik: Ja. Schuld: Nein

Der Trierer Politikprofessor Peter Molt im Interview über Ruanda und Europas Fehler in Afrika

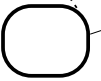
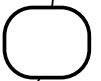
Keine Phrase! Ein Frage des Willens!

Plädoyer für eine durchdachte deutsche Außenpolitik.
Von Fabian Jellonnek

4

8

12



fremde Wege in Gedanken...
unser Kulturteil

35

Sei nicht klug!

Gedichte von Ayad Bagdadi

34

Memoiren eines Meuterers

Kurzgeschichte aus gegebenem Anlass.

33

Das verträumte Schaf

eine Fabel von Pawel Pakistan

31

Glücks Märchen

Feridun Zaimoglus neuer Roman "Hinterland"

30

Schaut hin!

Arash T. Riahi's Film "Ein Augenblick Freiheit"

Im Klima der Straflosigkeit!



Die steigende Zahl der Opfer extralegalen Hinrichtungen auf den Philippinen deutet auf ein marodes Rechtssystem, das bewaffneten Gruppen die Entscheidung über Leben und Tod überlässt. Da auch die Regierung zu den Waffen greift, geraten hunderte Zivilisten ins Schussfeuer.

eine Reportage von Lilli Breining mit Fotos von Victor Villaneuva

Seit dem Sturz der Marcos-Diktatur bietet die Freiheitsverfassung von 1987 der philippinischen Zivilbevölkerung eine gute rechtliche Grundlage, um demokratische Werte wie Meinungsfreiheit und Pluralismus auszuleben. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt eine große Kluft. Seit dem Amtsantritt der derzeitigen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo im Jahr 2001 sprechen die Opferzahlen politisch motivierter Morde in den Philippinen eher für eine Todesschwadronenpolitik. Denn das Land wird immer noch von einigen elitären Familienclans beherrscht, welche mit einer Mischung aus feudalen Strukturen, transnationalem Kapitalismus und US-Imperialismus ihren Status quo aufrechterhalten wollen. Die Opferzahlen von meist staatskritischen Aktivist/innen schwanken stark, je nachdem wie und von wem gezählt wird. Die staatliche Polizeikommission *Task Force Usig*, die 2006 zur Aufklärung außergerichtlicher Morde entstand, zählt 116 Opfer. Dagegen berichtet die philippinische Menschenrechtsorganisation *KARAPATAN – Alliance for the Advancement of People's Rights* von 1015 Morden seit 2001.

Die NGO Karapatan wird den radikalen Linken um die *Communist Party of the Philippines (CPP)* und die *National Democratic Front (NDF)* zugeordnet. Die philippinische Linke ist jedoch in sich zerstritten, wobei zahlreiche gesellschaftliche Sektoren (Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Frauenverbände etc.), politische Parteien (Akbayan, Bayan Muna etc.), NGOs und einzelne Akteure sich im Status quo nur geringfügig unterscheiden,

aber parallel mit verschiedenen Strategien operieren. Der bewaffnete Arm der CPP heißt *New People's Army (NPA)* und ist sozialpolitisch sowie organisatorisch stärker im Hinterland verankert. Die NPA erhebt in den von ihr kontrollierten Gebieten „Revolutionssteuern“, die sie von Geschäftsleuten, Landbesitzern, Lokalpolitikern oder internationalen Unternehmen vor Ort einreibt. Weigern sich diese zu zahlen, werden ihre Einrichtungen in Brand gesetzt.

Seit 2002 gibt die Präsidentin Arroyo mit dem *Oplan Bayan Laya* (Operationsplan Freiheitswacht, OBL) dem Militär (*Armed Forces of the Philippines, AFP*) freie Hand im Kampf gegen den kommunistischen Terrorismus und bekommt dafür noch 20 Millionen Dollar zusätzlich als Unterstützung von den USA. Mit dieser Aufstandsbekämpfung (*Counterinsurgency*) wird nicht nur der offene Kampf gegen die NPA verschärft, vielmehr werden unbewaffnete Zivilisten zum Abschuss freigegeben. Hierbei werden friedliche Aktivisten, die oft mit legalen linksorientierten Gruppen in Verbindung stehen, als aufständische Terroristen gebrandmarkt. Die Morde weisen ein politisch motiviertes Muster auf, in dem philippinische Sicherheitskräfte direkt an den Morden beteiligt sind oder sie zumindest mittragen und dulden.

Wie kein anderer AFP-Offizier verkörpert der ehemalige Militärgeneral Jovito Palparan, auch genannt „Der Schlächter“, eine Haudegenpolitik, die von der Präsidentin Arroyo in höchsten Tönen

gepriesen wird. Palparan hinterließ in den Regionen Süd-Tagalog, Ost-Visayas und Zentral-Luzon, wo er zwischen 2001 und 2006 das Kommando innehatte, eine regelrechte Blutspur. Seit 2001 sind neben den etlichen außergerichtlichen Morden über 200 Menschen unfreiwillig verschwunden und werden vermisst. Dazu zählen auch die zwei Studentinnen Sherlyn Cadapan (29) und Karen Empeño (23), die in der Nacht des 26. Junis 2006 von Mitgliedern der AFP entführt wurden und bis heute von ihren Familien gesucht werden. Die Studentinnen der University of the Philippines sind in die Provinz Bulacan, Zentral-Luzon, gefahren um Feldforschungen zur sozialen Lage der dort lebenden Bauern anzustellen. Zeugen berichteten, wie sie in einem stillgelegten Militärcamp festgehalten und misshandelt wurden. Zur Zeit ihrer Entführung hatte Palparan das Kommando über die Region.

In einem Land, in dem 90 Prozent der Bevölkerung christlichen Glaubens ist, wird selbst vor Kirchenleuten kein Halt gemacht. Der Pastor Edison Lapuz (39) der Vereinigten Kirche Christi (UCCP) in Leyte war Mitbegründer der kirchlichen Menschenrechtsorganisation *Promotion of Church People's Response* (PCPR). Am Abend des 12. Mai 2005 kam er gerade von der Beerdigung seines Schwiegervaters zurück, als ihn zwei Schützen vor den Augen seines fünfjährigen Sohnes erschossen. Der Bauernaktivist Alfredo Ebenfalls bei diesem Anschlag ums Leben. Die Täter wurden als Soldaten der AFP



"Polizei und Streitkräfte setzen sich auch für den Schutz transnationaler Unternehmen wie Nestlé ein."

identifiziert, wurden jedoch nicht verhaftet. Auch hier hatte Generalmajor Palparan das oberste Kommando über die Region. Seit 2001 hat die UCCP schon über 30 Opfer, die sich für Menschenrechte einsetzen, zu beklagen. Äußerungen des ehemaligen Generals sowie der Anstieg politischer Morde unter seinem Kommando weisen auf eine Schlüsselfunktion Palparans hin. Obwohl ihm gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, kam er nie vor Gericht. Im Gegenteil: Seit April 2009 sitzt Palparan als Vorsitzender der Partei Bantay im Kongress.

Nicht nur unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung werden lokale Stimmen ausgelöscht. Die Polizei sowie (paramilitärische) Streitkräfte setzen sich auch für den Schutz von transnationalen Unternehmen wie Nestlé ein. Diosdado „Ka Fort“ Fortuna (50) war im Arbeiterbündnis Kilusang Mayo Uno (Erster Mai Bewegung, KMU) tätig und versuchte als Gewerkschaftsführer des Nestlé-Werks in Cabuyao, Süd-Luzon, bessere Arbeitsbedingungen und betriebliche Altersvorsorge auszuhandeln. Der Streik und die Kampagne „Boycott Nestlé: There's Blood in Coffee“ dauern nun schon sieben

Jahre an, wobei es schon öfters zu Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften kam. Auf dem Heimweg von einer Streikversammlung am 22. September 2005 trafen Fortuna zwei von einem Motorrad abgefeuerte Schüsse – er war sofort tot. Die Nestlé-Arbeiter haben nicht einmal genug Geld, um ihre Kinder in die Schule zu schicken, und müssen dazu um ihr Leben bangen. Fortunas Vorgänger Mileton Roxas wurde bereits 1989 ermordet und Victoria Samonte (51), Vize-Vorsitzende der KMU, wurde eine Woche nach Fortuna, am 30. September 2005, erstochen. Die Fälle wurden jedoch nie aufgeklärt und die Mörder sind unbekannt.



Demonstranten fordern Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen.

alle Fotos c: Victor Villaneuva

Die Opfer solcher organisierten Morde sind allesamt Menschen, die sich für die sozialen Belange des Volkes einsetzen, wie Journalisten, Anwälte, Lehrer, Bauern, Landreformaktivisten, Zivilgesellschaftler und auch Lokalpolitiker oder Mitglieder linksorientierter politischer Parteien. Dabei tötet auch die NPA unbewaffnete Zivilisten mit der Begründung, sie seien Spitzel des Militärs. So geraten Menschen, die mit legitimen und friedlichen Mitteln versuchen ihre Bedürfnisse zu artikulieren, zwischen die Fronten bewaffneter Gruppen. Diese handeln wiederum im Auftrag von Bürgermeistern, Clan-Führern, Großgrundbesitzern oder lokalen politischen Akteuren, die bestimmte machtpolitische Interessen verfolgen. Auf diese Weise entstehen kriminelle Netzwerke, die eine Brutalisierung der Gesellschaft hervorrufen.

Ein solches Netzwerk von Todesschwadronen ist in Davao City, Mindanao, unter dem Namen *Davao Death Squad* (DDS) aktiv. Seit 1998 gibt es über 800 ungeklärte Morde in Davao. Die Opfer dieser systematischen Tötungen sind Räuber, Drogenhändler oder Mitglieder von Straßenbanden – darunter viele Minderjährige und Jugendliche. Die

internationale NGO *Human Rights Watch* (HRW) macht in ihrem Bericht „You Can Die Anytime“ Davaos Oberbürgermeister Rodrigo Duterte für die Straflosigkeit der Morde verantwortlich. Im Jahr 2006 berief die Präsidentin Arroyo Duterte in den Stab ihrer Sicherheitsberater und betraute ihn mit der Verbrechensbekämpfung. Duterte predigt zwar, dass „Verbrecher oder herumlungende Bettler in seiner Stadt getötet werden sollen, damit Davao sicher und sauber bleibt.“ Andererseits bestreitet er, dass die Morde „staatlich organisiert“ sind. Neben HRW bestätigt auch UN-Sonderberichterstatter Philip Alston, dass lokale Ortsvorsteher und Polizeikräfte Davaos in die Morde verwickelt sind und eine schwarze Liste der „Verbrecher“ führen. Ähnlich wie bei anderen extralegalen Morden werden die Zeugen und die Familien der Opfer eingeschüchtert – oder gleich umgebracht. Dies führt zu einem Klima der Straflosigkeit, da kaum ein Täter verhaftet, angeklagt oder bestraft wurde. Kriminelle Bündnisse werden in diesem quasi rechtslosen Raum schnell zum Trendsetter und Mittel um eigene Interessen durchzusetzen. So wurde das DDS-Muster auch

schon in anderen Städten kopiert. Da die Vernetzungen äußerst heterogen und undurchsichtig sein können, wird es immer schwerer die wirklichen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Präsidentin persönlich kann für die Straflosigkeit der Morde verantwortlich gemacht werden, da sie Drahtzieher wie Duterte und Palparan befördert(e). Diese wiederum plädieren für nicht schuldig, weil sie ihre Schützen lediglich dazu „inspirieren Staatsfeinde auszulöschen.“ Rechtsunsicherheit, Bestechlichkeit, Hilflosigkeit und Untätigkeit gehören zur Tagesordnung. Dadurch entstehen viele Gewaltspiralen, die fatale Auswirkungen haben und eine unmissverständliche Botschaft an die Zivilgesellschaft senden: Opposition ist lebensgefährlich! Die willkürlichen und summarischen Hinrichtungen führen zu anarchischen Zuständen und haben enorme Folgen für die politische sowie zivilgesellschaftliche Lage und stärken feudale Strukturen.

Es genügt nicht Menschenrechte durch Gesetze zu garantieren. Um der Straflosigkeit ein Ende zu bereiten müssen alle Morde gründlich, transparent und unparteiisch untersucht werden. Es muss ein effektiver Zeugenschutz gewährleistet werden, damit die Verantwortlichen identifiziert und vor Gericht gebracht werden können. Weiterhin muss der politische Wille da sein, um eine Verhaftung, Anklage, Verurteilung und Strafe der Täter durchzuführen. Gerade hier weist das Strafrechtssystem gravierende Mängel auf und geht nur schleppend voran – wenn überhaupt. Trotzdem muss Regierung eine Strafverfol-

gung einleiten, wenn sie ihre Verpflichtungen zur Beachtung der Menschenrechte einhalten will. Nur so kann das öffentliche Vertrauen in die Rechtsprechung und in die Geltung des Gesetzes wieder gewonnen werden. Daher drängen Amnesty International, HRW, UN-Sonderberichterstatter Philipp Alston und andere Menschenrechtsorganisationen auf die Implementierung

greifender Mechanismen und Programme, innerhalb dieser die Muster politischer Morde gestoppt werden können.

Doch während sich Konservative und Linksradike um die korrekte Zahl der Toten streiten, opfern etliche Menschen ihr Leben, um für ihr Wohlergehen und das ihrer Mitmenschen zu kämpfen. Keine Zahl kann das Schicksal dieser Menschen auch nur annähernd beschreiben. Umso erschreckender ist die Vorstellung wie viele mehr trauernd zurück-

bleiben und sich nicht wagen den dringlichen Wunsch nach Gerechtigkeit überhaupt auszusprechen.

"Kaum ein Täter wird verhaftet, angeklagt, oder bestraft."



die



Autoreninfo

Lilli Breining ist Studentin der Universität Trier für die Fächer Soziologie, Psychologie und Ethnologie. Sie war von Juli bis November 2008 als Praktikantin bei der NGO Initiatives for International Dialogue (IID) in Davao City tätig. Darüberhinaus arbeitet sie mit der Initiative "Sumabay tayoy! Walking together - for justice!", die auf die politischen Morde in den Philippinen aufmerksam macht, und dem philippinenbüro in Essen zusammen.

Musterland in Schwierigkeiten



Schweden gilt europaweit als Vorbild in Sachen Migrations- und Einwanderungspolitik. Trotzdem mischen sich zunehmend fremdenfeindliche Misstöne in den schwedischen Kanon der Weltoffenheit.

aus Schweden: Laura Kimmlinger

Schweden grenzt sich in vielerlei Hinsicht von anderen Ländern ab und wählt einen besonderen Weg. Das ehemalige Auswanderungsland, das etwa ein Fünftel der Bevölkerung zwischen 1846 und 1930 durch Abwanderung verlor, versteht sich heute als Einwanderungsland und ist bekannt für seine liberale Einwanderungspolitik. Mehr als 12 Prozent der 9 Millionen umfassenden Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund und über 60 Prozent der Einwanderer haben ebenfalls die schwedische Staatsbürgerschaft. Die Mehrheit der ansässigen Immigranten lebt seit über 10 Jahren in Schweden.

Der schwedische Staat betrachtet es als seine Aufgabe, Zuwanderer über die Mechanismen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates einzubinden und gleiche Rechte und Teilhabe aller zu gewährleisten. Die Devise lautet: Gleichheit, Wahlfreiheit – ob kulturell oder religiös – sowie Partnerschaft und Solidarität mit der schwedischen Bevölkerung. So wäre ein Kopftuchverbot in Schweden undenkbar. Unter den Voraussetzungen einer stabilen Volkswirtschaft mit annähernder Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum entwickelte Schweden als erstes Land Europas eine klar

formulierte Migrations- sowie Integrationspolitik. Auffällig ist, dass Ausländer unter sich meist Schwedisch sprechen, Einwandererkinder sollen angeblich weniger Probleme in der Schule haben als in Deutschland. Gründe dafür liegen vermutlich in der Tatsache, dass Einwanderern seit 1965 sowohl kostenlose Sprachkurse für einen Zeitraum von 16 Jahren zustehen als auch eine Einführung in Gesellschaftskunde, in der ihnen die Kultur des Landes näher gebracht werden soll. Ferner ist jede Kommune dazu verpflichtet, den Kindern von Einwanderern mehrere Stunden pro Woche Unterricht in ihrer jeweiligen Muttersprache anzubieten. Im Gegensatz zu Deutschland ist Migranten auch ohne Arbeitserlaubnis nach erhaltener Aufenthaltsgenehmigung die Aufnahme von Arbeit möglich, denn Arbeit ist nach Meinung der schwedischen Regierung ein wichtiges Hilfsmittel zur Integration. Nach 5-jährigem Aufenthalt ist es Migranten mit Aufenthaltserlaubnis möglich, eingebürgert zu werden. Eine solche Aufenthaltsgenehmigung, die in der Regel 3 Jahre umfasst, kann aus verschiedenen Gründen genehmigt werden. Darunter finden sich die Gewährung aus humanitären Gründen, also um

Schutz vor Krieg oder politischer Unterdrückung zu bieten, Arbeitsmigration oder der Nachzug naher Verwandter. EU-Angehörige oder Angehörige der nordischen Staaten benötigen kein Visum. Der Begriff „naher Verwandter“ ist hier deutlich weiter gefasst als in anderen Staaten. Familienangehörige sind willkommen und der begleitende Ehegatte wird zur Arbeitssuche ermuntert. Als erstes Land führte Schweden für Ausländer mit 3-jährigem Aufenthalt das kommunale und regionale Wahlrecht ein.

Die Niederlassung von Gastarbeitern wird als selbstverständlich gesehen, sie werden daher auch nicht als „Gastarbeiter“ sondern als „Einwanderer“ bezeichnet. Daraus resultierte bislang eine restriktive Zugangspolitik mit welcher nur wenigen außerhalb Europa aus Beschäftigungsgründen der dauerhafte Aufenthalt genehmigt wurde. 2009 wurde jedoch aufgrund eines Mangels an geeigneten Fachkräften eine Lockerung der Gesetze zur Zuwanderung von Arbeitskräften vorgenommen.

Migration begann in Schweden erst nach dem 2. Weltkrieg nennenswert.

Besonders in den 60er Jahren wanderten angeworbene Arbeitskräfte aus Jugoslawien, Griechenland, der Türkei oder Finnland ein. Finnen stellen bis heute die größte Gruppe unter Migranten in Schweden dar. Seit den 70ern setzen sich Zuwanderer vermehrt aus Flüchtlingen aus unter anderen Eritrea, Chile, Syrien oder Palästina zusammen. Mitte der 90er wurden etwa 170.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen, damit hat Schweden im Verhältnis zur Einwohnerzahl im Vergleich zu anderen europäischen Staaten die meisten Flüchtlinge aus Jugoslawien aufgenommen.

Mit 96.800 Asylgesuchen erreichte Schweden 2006 seine bisherige Rekordzahl. Zuletzt nahm Schweden wie kein anderes Land Flüchtlinge aus

dem Irak auf.

Obwohl sich der Immigrationsprozess schneller vollzieht als in anderen Ländern gibt es auch hier trotz der vorbildlichen Maßnahmen eine Kluft zwischen politischem Rahmen und Realität. So wird beispielsweise die Organisation der Sprachkurse bemängelt, die sich durch Lehrermangel oder eine ungenügende Betreuung der individuell verschiedenen Migranten

äußert. Besagte Sprachkurse werden von Einwanderern aller möglichen Länder wahrgenommen, welche aufgrund der sprachlichen Barriere häufig schlecht miteinander kommunizieren können, gleichzeitig bleiben sie in diesen Kursen unter sich und haben kaum Kontakt zu Einheimischen, wodurch eine gewisse Isolation entsteht. Wie in anderen europäischen Ländern scheint Segregation eines der größten Probleme für die Einwanderer in Schweden zu sein. Sie leben häufig in modernen Wohnblock-Ghettos, die zwar einen hohen Wohnkomfort aufweisen, durch die Abgeschlossenheit jedoch eine niedrige Lebensqualität bieten. Ausländer verschiedenster Kulturen leben in diesen „Problemherden“ – meist die Vorstädte von Stockholm oder Malmö – zusammen, in manchen dieser Gebiete beträgt der Ausländeranteil sogar 88 Prozent. Diese Situation führt zwangsweise zu Konflikten. Medien berichten von hoher Kriminalität, gewalttätigen Ausländern mit islamischem Hintergrund, die z.B. Anhänger des jüdischen Glaubens bedrohen. Die umstrittene Integration, wie sie durch die Ghettoisierung dargestellt wird, bestimmt auch die Wahlkampfthematik für das Jahr 2010. Schwedische Parteien plädieren für eine Bremsung der Einwanderung, da innerhalb der letzten Jahre die Zahl der Flüchtlinge und Einwanderer, darunter vor allem ein sprunghafter Anstieg von Irakern, enorm gestiegen ist. Allein die etwa 60.000 Einwohner umfassende Stadt Södertälje in der Region Stockholms nahm mehr Flüchtlinge aus dem Irak auf

„Als erstes Land führte Schweden das Wahlrecht für Ausländer ein.“



Stockholmer Vororte, wie dieser, sind Ballungszentren migrantischen Lebens in Schweden.

c: Husby Kista

als die gesamten USA. Zunehmend Zuspruch, vor allem in den Kommunen, findet die rechts-populistische Partei der „Schwedendemokraten“. Sie distanziert sich zwar von rechten Parteien, da sie im Laufe der letzten Jahre ihren Kurs zugunsten einer milderer Einwanderungspolitik umorientierte, dennoch kämpft sie für eine homogene Gesellschaft, in der traditionelle schwedische Werte gewahrt würden, die Einwanderung stärker reguliert werden solle und die freiwillige Rückkehr von Migranten unterstützt würde. Die 4 Prozent-Hürde, um in den sogenannten schwedischen „Riksdag“ gewählt zu werden, konnten sie bislang jedoch nicht passieren und bisher boykottieren viele schwedische Pressezeitungen die nationale Partei. Dies könnte sich jedoch mit steigendem Wählerzuwachs, wie er bisher zu beobachten ist, in nicht allzu ferner Zukunft ändern.

WAS KÖNNEN WIR VON SCHWEDEN LERNEN?

Schweden besitzt eine starke Zivilgesellschaft, die sich gegen Intoleranz ausspricht.

Laut einer Umfrage finden 80 Prozent der Einwohner es vorteilhaft, wenn Menschen diverser Kulturen gemischt werden. Schwedens Migrati-

onspolitik ist nicht perfekt, doch trotz aller Mängel vollzieht sich die Integration von Migranten weitaus fortschrittlicher als in Deutschland und das Beispiel Schweden zeigt, welche Schwierigkeiten nach einer im Ansatz vorbildlichen Integrationspolitik verbleiben und gibt somit Wege vor, wie man eine verbesserte Integrations- und Migrationspolitik erarbeiten kann. Solch eine Politik funktioniert natürlich immer nur so gut, wie sie von den Menschen, die sie betrifft, aufgenommen und umgesetzt wird. Anhand des schwedischen Modells wird deutlich, dass eine dem Anschein nach musterhafte Integrationspolitik des Staates nicht gleichzeitig das Entstehen von Integrationsproblemen verhindert, sondern nur dann fruchtet, wenn sie alle Betroffenen anspricht und in der Praxis ebenso gut umgesetzt werden kann wie die Theorie es vorgibt. Die Offenheit und Toleranz der schwedischen Bevölkerung stellen eine gute Basis für die Integrationspolitik des Staates dar, so dass sich Einwanderer willkommen fühlen und zur Integration motiviert werden. Eine weitsichtige Integrationspolitik sollte daher nicht nur die Menschen berücksichtigen, die immigrieren, sondern auch die ansässige

Bevölkerung miteinbeziehen. Sicherlich beträgt der Anteil an Ausländern in Schweden mit rund 5,3 Prozent etwas weniger als in Deutschland (8,8 Prozent), aber das allein ist kein Grund, weswegen die Integrationspolitik des skandinavischen Staates leichter finanzierbar wäre. Schweden geht den besonderen Weg und setzt Prioritäten eben anders als Deutschland. Letzten Endes zahlt es sich für einen Staat langfristig stets aus, eine nachhaltige Integrationspolitik zu wählen.

Autoreninfo

**Laura Kimm-
linger** studiert derzeit Soziologie, Ethnologie und Politik an der Universität Karlstad in Schweden.

Im Herbst starten die neuen Kurse!

Fremdsprachkurse im Multikulturellen Zentrum Trier

...Unterricht durch MuttersprachlerInnen

...60 Euro 12 Termine 24 Unterrichtsstunden

...Sprachen wie Portugues Brasileiro, Persisch und Arabisch
finden Sie nur bei uns!

...Infos zum aktuellen Kursangebot finden Sie auf unserer Website:
www.multicultural-center.de



Europäer zweiter Klasse

Fast 3.000 tschechische Roma suchen Asyl in Kanada. Das zeigt, wie Europa mit seiner größten Minderheit umgeht.



eine Reportage aus Most, Tschechien, von Eva-Maria Simon

Der Stadtteil Chanov in der Kleinstadt Most in Nordböhmen. Halb verfallene Plattenbauten stehen zwischen Hügeln. 1.500 Menschen wohnen hier, 95 Prozent davon sind Roma. Überall blättert der Putz und wackeln die Treppen. In einem Haus hat das unterste Stockwerk keine Wände, so dass die Heizungsrohre im Freien liegen und im Winter zufrieren.

In der Turnhalle der Grundschule klettert eine Handvoll junger Leute auf einem Gerüst herum und streicht die Wände. Sie besuchen einen Kurs im „Haus der Roma-Kultur“, in dem sie einfache handwerkliche Tätigkeiten lernen. Damit können sie schon mehr als die meisten Einwohner Chanovs: Die Mehrheit hat keine Ausbildung, die Arbeitslosenquote liegt bei geschätzten 80 Prozent. „Viele Firmen stellen keine Roma ein“, sagt der 27jährige Richard Cina. Er wolle trotzdem versuchen, eine feste Arbeit zu finden. Ansonsten

habe er selten Kontakt zur Mehrheitsbevölkerung. „Wenn mir junge Leute auf der Straße begegnen, die keine Roma sind, gehe ich lieber weg“, sagt er, „sonst passiert etwas.“

Viele Roma versuchen, der Diskriminierung aus dem Weg zu gehen. Manche ziehen sich in abgeschlossene Siedlungen wie Chanov zurück. Andere flüchten ins Ausland: Fast 3.000 tschechische Bürger haben in Kanada Asyl beantragt, seit die dortige Regierung im November 2007 die Visumspflicht für Tschechen abgeschafft hat. Die meisten der Flüchtlinge sind Roma. Möglicherweise sind Schleuserbanden am Werk, aber sicher weiß das niemand. Da die Zahl der Asylbewerber immer schneller steigt, hat Kanada die Visumspflicht inzwischen wieder eingeführt.

Dreitausend Bürger flüchten aus der EU, die sich so gerne als Hort der Menschenrechte präsentiert. Die meisten geben an, dass sie in ihrem

Heimatland diskriminiert würden. In Tschechien leben etwa 250.000 Roma. 64 Prozent fühlen sich diskriminiert, besonders bei alltäglichen Besorgungen und bei der Arbeitssuche, so eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

Spätestens seit dem vergangenen November fühlen sich viele Roma in Tschechien nicht mehr sicher. Da marschierten vor dem Stadtteil Janov in der nordböhmischen Stadt Litvínov 500 Rechtsradikale auf. Die Demonstranten um die so genannte Arbeiterpartei versuchten, Roma anzugreifen. Am Straßenrand stellten sich Bewohner auf, feuerten die Nazis an, beschimpften die Roma als „stinkende Schwarze“. Es gab mehrere Verletzte, rund 1.000 Polizisten verhinderten Schlimmeres.

Die Bilder aus Janov zeigen, wie es um das Zusammenleben mit der Minderheit im Nachbarland steht. Zwei Drittel der Bevölkerung bezeichnen ihre Beziehungen zu Roma als schlecht, so eine Umfrage des Forschungsinstituts STEM.

Diese Entwicklung gibt es auch in anderen ostmitteleuropäischen Ländern. Neofaschistische Parteien werden stärker, und ihre ersten Opfer sind meist die Roma. In Ungarn kam die neofaschistische Partei „Jobbik“ bei den Europawahlen vom Juni auf fast 15 Prozent. In Bulgarien bekam die rechtsextreme „Ataka“ knapp 12 Prozent. Die Nazi-Parteien marschieren immer wieder durch Roma-Siedlungen, profitieren von den weit verbreiteten Vorurteilen in der Bevölkerung. Die lassen sich auch in der „Dekade der Roma-Inklusion“ 2005 bis 2015, die zwölf europäische Staaten ausgerufen haben, nicht einfach wegreden.

Bei steigenden gesellschaftlichen Spannungen

könne es leicht geschehen, dass sich Roma zu Sündenböcken entwickeln, sagt Joachim Ott, Experte für Roma-Fragen bei der Europäischen Kommission: „Die Wirtschaftskrise verschärft natürlich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.“ Schon jetzt seien die Roma eine der Gruppen in Europa, die am stärksten von Ausgrenzung bedroht sind.

Das zeigt auch eine Stichprobe der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Ländern mit hohem Roma-Anteil. Demnach fühlt sich jeder Zweite

diskriminiert. Besonders hoch ist die Zahl in Tschechien mit 64 Prozent. In Bulgarien sagten dagegen nur 26 Prozent, dass sie diskriminiert würden. Das liege allerdings hauptsächlich daran, dass die Minderheit dort isoliert von der Mehrheitsbevölkerung lebe, so die europäische

Grundrechteagentur. Insgesamt sei die tatsächliche Diskriminierung vermutlich viel höher, da sich viele Betroffene nicht beschwerten. Oft seien sie der Meinung, dass sich ohnehin nichts ändern würde.

Dieses Gefühl kennt Kristián Drapák nur zu gut. Die bösen Blicke und Sprüche über die „Schwarzen“, die Leute, die in der Straßenbahn ihre Taschen festhalten, wenn er einsteigt: Das alles gehöre für ihn zum Alltag. „Ich habe mich so daran gewöhnt, dass es mir seltsam vorkäme, wenn es nicht so wäre“, sagt der Rom, der im nordböhmischen Problemviertel Janov bei der Caritas arbeitet. Doch die Roma müssten sich auch selbst besser integrieren, sagt Drapák. „Sie fühlen sich oft nicht als Tschechen“, sagt er, „deshalb ist es ihnen gleich, wie es hier aussieht.“

Und es sieht nicht schön aus in Janov. In der Siedlung gibt es eine Schule, aber mindestens zehn





Dieses Foto zeigt Jugendliche, die versuchen, über Bildungsmaßnahmen eine Chance in Tschechien zu bekommen.

Fotos Seiten 12/13: Alles andere als Postkartenidylle: Der Stadtteil Chanov wirkt schon äußerlich trostlos. Alle Fotos: c: Eva-Maria Simon.

grenzwertig informiert: Roma in Europa

„Roma“ ist ein Oberbegriff für verschiedene ethnisch verwandte Gruppen, die seit dem 11. Jahrhundert aus Indien nach Europa eingewandert sind. Zehn bis zwölf Millionen Roma leben in Europa, davon in Deutschland etwa 70.000. Ihr größter Interessenverband hierzulande ist der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Er verwendet die Bezeichnung „Sinti“ für jene Angehörige der Minderheit, die schon seit dem Spätmittelalter in Mitteleuropa leben, und „Roma“ für die Einwanderer aus Osteuropa. Außerhalb des deutschen Sprachraums wird die gesamte Minderheit meist Roma genannt. „Zigeuner“ war immer eine Fremdbezeichnung und gilt als diskriminierend.

Roma sprechen in der Regel die Sprache des Landes, in dem sie leben, sowie unterschiedliche Dialekte ihrer Sprache Romanes. Die meisten Roma sind sesshaft, in Rumänien und dem westlichen Balkan leben auch größere mobile Gruppen. Die Nationalsozialisten ermordeten etwa 500.000 Roma.

Spielhallen. Am Ortseingang reiht sich eine an die andere, dazwischen sind Kneipen und Wettstuben. Viele Roma hätten Spiel- und Mietschulden und seien Opfer von Wucherern, sagt Kristián Drapák. Es sei schwierig, diese Täter zu finden. Die Statistiken unterscheiden nicht zwischen Roma und anderen Tschechen. Somit gibt es auch kein Material, um Vorurteile gegen „die kriminellen Roma“ zu relativieren.

30 bis 40 Prozent der tschechischen Roma wohnen in sozial benachteiligten Gebieten. Auch in anderen EU-Ländern sei die Minderheit besonders oft von „multiplen Nachteilen“ betroffen, so eine Einschätzung der Europäischen Kommission. Will heißen: Geringe Bildung, schlechte Wohnungen, finanzielle Abhängigkeit. Die EU schickt deshalb verstärkt Sozialarbeiter in die Problemviertel und finanziert Stipendien und Projekte für junge Roma. Die Antirassismus-Richtlinie verlangt von den Mitgliedsstaaten, dass sie ihre Minderheiten schützen. Wer sich nicht daran hält, muss mit Sanktionen bis hin zur Geldstrafe rechnen. So könnte die EU-Erweiterung den Roma langfristig nützen. Andererseits ist durch den Beitritt der

ostmitteleuropäischen Staaten ein wichtiger Anreiz verloren gegangen: Sie müssen nicht mehr um die Mitgliedschaft bangen, wenn sie ihre Minderheiten nicht ausreichend integrieren. Zwei Jahre nach der letzten Erweiterungsrunde zieht Roma-Experte Ott von der Europäischen Kommission eine ernüchternde Bilanz: „Vermutlich hat sich die Situation nicht signifikant verändert.“ Denn dazu müssten vor allem die Vorurteile in der Bevölkerung verschwinden.

Darauf wollen viele Roma nicht warten. Sie hoffen auf ein besseres Leben außerhalb Europas.

Autoreninfo

Eva-Maria Si-

mon studiert und lebt in Prag.

Außerdem ist sie als freie Journalistin tätig. Unter anderem schrieb sie Artikel für die Süddeutsche Zeitung und d'Wort.

Das Land gehört Niemanden!

Franziska Tansinne bereiste Mexiko. Für Grenzwertig schildert sie ihre Erfahrungen mit den Zapatistas.

eine Reportage von Franziska Tansinne

Land und Erde gehören für die indigene Bevölkerung Mexikos zur Quelle des Lebens. "Das Land gibt ihnen die Möglichkeit, Mais und Bohnen zu pflanzen, Wege und Häuser zu bauen (...). Die Früchte gehören den Menschen als Früchte der in Anspruch genommenen Möglichkeiten (...). Das Land selbst gehört aber niemandem." In langer Tradition bearbeiteten Indigene das Land gemeinsam und die Früchte, die sie ernteten, hatten nicht nur materiellen Wert. Es ist eine autonome Gemeinschaft gewachsen, deren Selbstverständnis den Widerspruch Individuum - Gruppe zu überwinden scheint... .

Der 1982 von der mexikanischen Regierung eingeschlagene neoliberale Wirtschaftskurs und die damit verbundene Öffnung des mexikanischen Marktes für internationale Investitionen führte zu massiven Veränderungen und Eingriffen in diese Tradition. Dadurch sahen sich die Menschen u. a. mit Umsiedlung bzw. Vertreibung aus den Gemeinden, Preisdumping durch amerikanische Billigimporte und Abbau von Subventionen und Festpreisen konfrontiert.

Die damit verbundene zusätzliche Verschärfung der sozialen Missstände wie kein Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, politische und wirtschaftliche Partizipation etc. traf Chiapas, den südlichsten Bundesstaat Mexikos, aufgrund des wirtschaftlich – sozialen Entwicklungsgefälle zwischen dem Norden und Süden Mexikos mit am härtesten. Daraufhin kam es zu starken Protesten, in denen die Zapatisten eine zentrale Rolle übernahmen. Die Zapatisten haben ihren Ursprung in einer Gruppe Indigener und berufen sich auf Emiliano Zapata, der populärste Bauernführer der mexikanischen Revolution, welcher 1911 für Land und Freiheit kämpfte. Mit dem Inkrafttreten des NAFTA- Abkommens (Nordameri-

kanische Freihandelsabkommen)² am ersten Januar 1994 sahen sie eine symbolische Grenze überschritten und besetzten unter dem Motto "Ya Basta!" - "jetzt reicht's!" Verwaltungsgebäude einiger Bezirkshauptstädte Chiapas.

Die von ihnen proklamierten Forderungen: Land, medizinische Versorgung, Bildung, Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle wurden von der mexikanischen Regierung mit massiven Drohungen, Entführungen, illegalen Verhaftungen, Folter und Mord beantwortet. Ungeachtet dessen schafften es die Zapatisten, während des Aufstandes ca. 600 Ländereien zu besetzen und an tausende indigene Familien zu verteilen. Seither versuchen die auf diesen Ländereien lebenden Menschen - mit dem Anspruch, den Willen der Gemeinde umzusetzen - ihre traditionellen Strukturen zu revitalisieren und zu erweitern. So bauen sie unter dem Slogan "fragend schreiten wir voran" mit politisch praktischen Schritten in den verschiedenen Bereichen Verwaltung, Landwirtschaft, Handel, Gesundheit und Bildung (nach der Zerstörung der sich zur Wehr setzenden Gemeinden) erneut ihre autonomen Gemeinden auf, trotz fortwährenden Drucks seitens der mexikanischen Regierung auf.

Besonders bemerkenswert an der Zapatistischen Bewegung ist ihr unautoritäres und basisdemokratisches Regierungskonzept, in dem auch die Gleichheit der Geschlechter eine wichtige Rolle spielt. Es gibt 5 regionale Verwaltungszentren, "Caracoles" (Schneckenhäuser), in denen ein regelmäßig wechselnder Kreis von Personen - mit einer 50 prozentigen Frauenquote - aus umliegenden Dörfern ("Räte der Guten Regierung") arbeitet und sich um diejenigen kümmert, die Hilfe brauchen (gleich welcher politischen Gruppierung sie angehören). Die Gemeinschaft kann die

Regierung jederzeit absetzen, wenn sie mit ihr nicht zufrieden ist. Aufgabe der Räte ist es, das gemeinschaftlich erarbeitete Geld gerecht auf die anliegenden Gemeinden zu verteilen sowie bei in- und externen Problemen zu vermitteln. Die Gemeinden erhalten sich demnach ausschließlich durch freiwillige unentgeltliche Arbeiten der einzelnen Gemeindemitglieder. Geleitet von dem Grundsatz "Für alle alles und für uns nichts" lebt die Gemeinschaft von der aktiven Mitwirkung jedes Einzelnen, denn nur so kann die Gemeinschaft existieren. Um nicht auf Hilfeleistungen der Regierung angewiesen zu sein, werden sie zusätzlich von solidarischen Gruppen aus dem In- und Ausland getragen.

Auch in Sachen Bildung wird versucht, ein demokratischeres System als das staatliche Modell aufzubauen. Das zeigt sich vor allem darin, dass die Bevölkerung bei der Festlegung der Lehrinhalte beteiligt ist und seit 1994 auch Frauen die Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen. Obwohl immer noch nicht alle Kinder in die Schule gehen können, hat sich der Zugang zur Bildung aufgrund der Initiative zapatistischer Gemeinden deutlich verbessert. In den selbst errichteten Schulen werden Fächer wie Lesen, Schreiben, Mathematik, politische Bildung, Gesundheit, Geographie, Sport, Geschichte, Natur und Kultur zum einen in der lokalen indigenen Sprache, zum anderen in Spanisch unterrichtet. Dazu werden bspw. in Oventic, einem Caracol nahe St. Cristóbal, Freiwillige der einzelnen Dörfer zu Bildungspromotoren ("promotores de la educación") ausgebildet. All diese Versuche, ihre Gemeinschaftlichkeit im Kollektiv zurückzugewinnen und zu stärken, wurden jedoch bereits Anfang des Jahres 1995 überschattet von einer Militärintervention in der Region Las Cascadas. Aus Angst vor gewaltsamen Übergriffen flohen mehrere tausend dort beheimatete Menschen und konnten nur in Begleitung von internationalen und nationalen Menschenrechtsbeobachtern (MRB) in ihre Gemeinden zurückkehren. Nachdem mehrere Militärstützpunkte in der Nähe der "aufständischen" Gebiete errichtet worden waren, erreichten das Menschenrechtszentrum "Fray Bartolomé de las Casas" zahlrei-

che Bitten um eine dauerhafte Präsenz von Menschenrechtsbeobachtern in den vom Militär bedrohten Gemeinden. Seitdem wurden so genannte "Friedenscamps" eingerichtet, in denen sich regelmäßig internationale MRB aufhalten. Ihr Ziel ist es, den von Gewalt und Vertreibung bedrohten Bewohnern der Konfliktgebiete durch die Beobachtung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen eine lautere und weitreichendere Stimme zu geben und eine breite Öffentlichkeit zu verschaffen, um auf ihre Situation aufmerksam machen zu können. Die Präsenz der MRB vor Ort stellt ein politisches Gegengewicht zur Macht und Willkür des (Para-)Militärs dar. Sie schützt damit präventiv vor gewaltsamen Übergriffen und bietet den Gemeindemitgliedern das Gefühl von Sicherheit, was ihnen einen größeren angstfreien Lebens- und Handlungsraum ermöglicht. Die Aufgabe der MRB beginnt im Menschenrechtszentrum FrayBa, in dem man über die Gegebenheiten einer Gemeinde und entsprechende Aufgaben aufgeklärt wird. Um in die Gemeinde zu gelangen, muss man sich jedoch vorher bei dem Rat der guten Regierung (kurz Junta) des zuständigen Caracols anmelden. Über kurz oder lang bekommt man die Bestätigung und tritt die Reise an, auf der man in den darauffolgenden zwei Wochen versucht, Augen und Ohren für jegliche Form von Bedrohung offen zu halten, dabei aber auch viel Zeit hat, mit den Menschen der Gemeinde zu sprechen. Nach dem Aufenthalt kehrt der MRB nach San Cristóbal, wo das Menschenrechtszentrum FrayBa seinen Sitz hat, zurück und verfasst einen Bericht über Vorfälle, Eindrücke und wichtige Informationen zur aktuellen Situation des Ortes. Im Fall einer gewaltsamen Intervention ist die Arbeit der MRB gescheitert und wird sofort abgebrochen, wobei jedoch betont werden muss, dass in den mit FrayBa zusammenarbeitenden Gemeinden bisher keine Übergriffe stattgefunden haben. FrayBa entsendet MRB nur in Regionen, die nicht von unmittelbaren gewaltsamen Übergriffen bedroht sind. Sollte es doch wider der Erfahrungen zu Komplikationen kommen, wird CAREA e. V., welche die deutschen MRB auf ihre Aufgaben vorbereitet, als ers-

tes von FrayBa kontaktiert. Sie leitet wichtige Informationen und optional einzuleitende Schritte an den Unterstützerkreis weiter und setzt sich mit organisationsinternen Anwälten in Verbindung, um über rechtliche Handlungsmöglichkeiten zu beraten und gegebenenfalls zu intervenieren. Der Unterstützerkreis ist ein Personenkreis aus Bekannten, Freunden und Familie, der im Vorfeld für die Situation der zapatistischen Bevölkerung sensibilisiert wird, den Beobachter vor Ort durch Aufrechterhalten des Kontakts während seines Aufenthalts absichern und im Ernstfall für ihn/sie aktiv werden (z.B. Kontakt zur Botschaft aufnehmen, Öffentlichkeit in Deutschland schaffen). Auf diese Weise erhält der Unterstützerkreis nach jedem Gemeindeaufenthalt einen Bericht, der ihn über die derzeitige Situation aufklärt und es erlaubt, sich ein Bild von dem Geschehen vor Ort zu machen. Als MRB erhält man öfter Berichte von anderen MRB und erkennt erst dadurch einerseits wie alltäglich die Diskriminierung der zapatistischen Gemeidemitglieder ist (es gibt auch gespaltene Gemeinden, in denen sowohl Zapatisten als auch Leute, die die Unterstützung der Regierung annehmen oder gar für diese für die Eindämmung der Zapatisten aktiv werden, was natürlich weitere Konflikte schürt...) ... und andererseits wie strategisch die einzelnen anti-

zapatistischen Gruppierungen vorgehen, um bspw. bewusst Fehlinformationen zu streuen oder Mittel und Wege zu finden, die Aktionen der Zapatisten zu illegalisieren.

Wenn ihr Interesse an Menschenrechtsbeobachtung entwickeln solltet oder Fragen habt, sucht die Seiten von CAREA e.V. auf, die diese Projekte informell organisieren und wahnsinnig interessante Info zu Geschichte, Kultur und aktuelle Situation der Zapatisten haben.

Eine kurze kompakte Einführung mit weiterführenden Links findet sich bei Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/EZLN>) oder wesentlich umfangreicher (mit EZLN Kommuniques, aktuellen Berichten uvm.) auf <http://www.chiapas98.de/index.php>.

Autoreninfo

Franziska Tansinne studiert in Trier Pädagogik und bereiste unlängst die Zapatistenregionen in Mexiko



Franziska Tansinne und Marcel Thiel in Mexiko.
Foto c: F. Tansinne

Das Elend ist sichtbar!

Ein Youtube-Video zeigt die verheerende Situation im Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos.

Nur selten gelingt es Kamerteams, Einblick in die Flüchtlingslager Griechenlands zu bekommen. Dieses Video, am 20. August auf YouTube eingestellt, dokumentiert die dramatische und menschen-unwürdige Unterbringung von 160 Minderjährigen in einem 200 qm großen Raum mit nur einer Toilette. Am 18.08. begannen die Minderjährigen einen Hungerstreik, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. *fj*

Link zum Video

www.youtube.com/watch?v=IP2yT&EjBXo

In Kürze finden Sie das Video auch auf der Homepage des Multikulturellen Zentrums Trier.



Von der Würde des Menschen, eine kollektiv geträumte Illusion

Das Trierer "Ausreisezentrum" ist ein herausragendes Beispiel für die Repression des Staates gegen Flüchtlinge. Die Trierer Gruppe Passierschein A38 fragt wie es soweit kommen konnte und erkennt die Ursache im Kapitalismus.

ein Kommentar von Passierschein A38 - super wir bewegen uns!

Das Grundgesetz lässt dem allgemeinen Menschenrecht der Unantastbarkeit der Würde eines Jeden eine große Bedeutung zu Teil werden. Immerhin stellt dieser Artikel nach wie vor den ersten unserer Verfassung dar. Dieses Gesetz, welches die Bundesrepublik verinnerlicht zu haben scheint, betrifft, wie man der allgemeinen Formulierung dieses Artikels entnehmen kann, den Menschen und revidiert scheinbare Unterschiede wie die ökonomische Situation, politische Positionierung und schließlich auch die Staatsangehörigkeit. Doch wenn man sich die Frage stellt, ob dieser Anspruch, den unser Staat auf die Würde des Menschen erhebt, tatsächlich Umsetzung erlebt, sollte man sehr schnell zu der Erkenntnis kommen, dass es sich dabei um eine Illusion handelt. Leider ist diese kollektiv geträumte Vorstellung nur Fragment einer moralischen Vertröstung, was uns schnell klarwerden wird, wenn wir uns vor Augen führen, wie die Situation eines Asylsuchenden beschaffen ist.

Diese Situation ergibt sich, wenn es sich zum Beispiel um einen Flüchtling handelt. Dieser flieht vor Verfolgung, Armut, Krieg... und beantragt Asyl in Deutschland und hat damit auf sich genommen, ein höchst kompliziertes Verfahren auf sich zu nehmen. Doch dieser Lauf durch die Institutionen endet meist mit einem sehr ernüchterndem Ergebnis, denn von 100 Asylsuchenden wird in unserer Nation nur fünf ein dauerhaftes Bleiberecht gestattet. Viele Möglichkeiten bleiben dem Flüchtling jetzt nicht mehr und auch die, die ihm verbleiben, sind alles andere als tragbar, um von zufriedenstellend erst gar nicht zu reden. Es erfolgt entweder die Abschiebung in ihr Heimatland, was oft katastrophale Folgen mit sich zieht, wie die Rückkehr des Flüchtlings in den Krieg, die Rückkehr des Deserteurs, um von nun an in gesellschaftlicher Ächtung zu leben oder ganz einfach die Rückkehr des Verfolgten in den Tod. Oder aber der Flüchtling entscheidet sich dazu, seine Identität zu verheimli-

"Das 'Ausreisezentrum' ist ein von Schreibtischtätern geführter Betrieb"

chen, um in Deutschland jeden Tag in Angst leben zu müssen. Auch hier bleiben ihm nur zwei Möglichkeiten: Er geht in den Untergrund, wo er von nun an als „Illegaler“ sozusagen vogelfrei leben wird, keine Sicherheit erfährt, weil er auf keinen rechtlichen Schutz hoffen darf, ja sogar muss er sich vor dem Staat und seinen Schergen fürchten, weil er sonst die grausame Alternative zu der Illegalität erwarten darf. Deutschland zeigt in dem Entwurf dieser Alternative sein wahres Gesicht und kotzt uns seine Doppelmoral förmlich vor die Füße.

Zum einen sind da die Abschiebeknäste, in denen Flüchtlinge gefangen gehalten und drangsaliert werden. Das „Verbrechen“ besteht darin, dass Menschen versuchen, sich Misständen zu entziehen oder schlicht und einfach versuchen ihr Leben zu retten. Das ist ein Aspekt der perversen Realität, der wir ins Auge blicken müssten.

Ein anderer ist die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige, welche auch den unzutreffenden und zynischen Namen Ausreisezentrum trägt und uns damit eine Ahnung von etwas vermitteln könnte, was mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat. Ein solcher Ort existiert auch in Trier. Diese Einrichtung ist ein von Schreibtischtätern geführter Betrieb, in dem Menschen, die sich weigern ihre Identität preiszugeben durch Psychoterror genau dazu getrieben werden sollen. Dieser Terror hat sehr viele Facetten: Durch das Arbeitsverbot sind den Insassen alle finanziellen Möglich-

keiten entzogen, d.h. sie sind zum Beispiel gezwungen, die bewusst karg gehaltene Nahrung zu sich zu nehmen, die nur in sehr langen Zeitabständen Abwechslung erfährt und sowieso nicht für alle reicht, ihnen wird dadurch die Mobilität Richtung Innenstadt genommen und somit auch jede Möglichkeit

der Integration und natürlich schlägt sich die lähmende Langeweile, die völlig bewusst kreierte wird, auf die Gemüter der dort Wohnenden nieder. Freizeitmöglichkeiten vor Ort sind, dem selben Zwecke dienlich, fast völlig abgeschafft. Der Insasse hat eine Meldepflicht, die bei Nichteinhaltung zu Geldstrafen und damit zu Gefängnis führt. Von demütigenden Sammelvorführungen bis zu

seelischer Gewalt von Verhören ist die Palette groß, die sich Vater Staat erdacht hat, um das „Problem“ der „Illegalen“ zu bekämpfen. Nähern wir uns also der finalen Frage: Warum erfindet unser Staat solche grausamen Dinge?

Unserer Meinung nach findet man des Pudels Kern in unserem Wirtschaftssystem, das sich in der Arbeit, in unserem Alltag, ja sogar in unseren Köpfen niederschlägt.

Die Rede ist vom Kapitalismus, einem System, das den Menschen weit unter die Kapitalakkumulation stellt. Was wir in der Asylpolitik beobachten können, sind ganz klar die Prinzipien, die den Kapitalismus am Leben erhalten.

Zum einen gibt es die konkreten Beispiele, die den Kapitalismus in dieser Thematik un-

"Die Rede ist vom Kapitalismus, einem System, das unter Menschen weit unter die Kapitalakkumulation stellt."

verhüllt zur Schau stellen. So zum Beispiel die zahlreichen Freihandelsabkommen, die es den Industrieländern erlauben, Billigwaren in sehr viel ärmere Länder zu exportieren. Die Märkte in diesen Ländern selbst gehen zu Grunde, während die in den Industrienationen ansässigen Betriebe von der Armut anderer profitieren. Oder andersherum: Damit der Kapitalist Mehrwert aus der Arbeitskraft der internationalen Arbeiterschaft pressen kann, braucht er Menschen, die aus ihrer Situation heraus nicht anders können, als ihre Arbeitskraft völlig unter ihrem eigentlichen Wert zu verkaufen, denn der Arbeiter hat nichts außer seinem Arbeitsvermögen und ist der Notwendigkeit ihrer Veräußerung ausgeliefert. Das System erfordert es also, diese Menschen arm zu halten, um die Möglichkeit der Profitoptimierung aufrecht zu erhalten. Somit kommt dem Kapitalismus auch eine gesonderte Stellung in der Entstehung von Fluchtursachen zu, die die Europäischen Nationen leugnen und sich selbst der minimalen Verantwortung der Aufnahme ihrer Opfer verwehren.

Wie sich der Kapitalismus auf etwas abstraktere Weise zeigt, veranschaulicht uns eine Situation, die sich immer wieder in Diskussionen wiederfindet. Irgendwann entsteht die völlig unreflektierte Fragestellung, wer denn für Flüchtlinge aufkommen soll. Dahinter steht eine typisch kapitalistische Verwertungslogik, die unser Denken folgenreich geprägt zu haben scheint. Diese Frage schildert

"Es gilt die Festung nieder zu reißen!"

uns den Auflösungsprozess der Solidarität, die unter Menschen herrschen sollte und zeigt uns gleichzeitig, wie wir den Menschen an sich nur noch über seine ökonomische Situation definieren.

Der Kapitalismus ist die Basis für Nationalstaatlichkeit, weil er Grenzen braucht, um existieren zu können. Die Ausgrenzung von Menschen findet unter anderem also auch ihren Ursprung und bedingt und legitimiert die rassistische Praxis der Asylpolitik.

An dieser Stelle angelangt, kommt die Funktion des Artikel 1 unseres Grundgesetzes nochmal ganz unverhohlen zum Vorschein. Er hat nur noch eine einzige Funktion und zwar die der moralischen Vertröstung unserer kapitalistischen Gesellschaft. Was wir also fordern ist, uns vor Augen zu führen, wie es um Flüchtlinge in Deutschland steht, um uns dadurch die Notwendigkeit klarzumachen, die Menschheit endlich von einem System zu befreien, das ihr nicht gerecht wird und das uns jeden Tag mehr verdirbt. Wir sind keine anderen Menschen als die, die versuchen ihrem tragischen Schicksal zu entgehen und flüchten. Der einzige Unterschied besteht darin, dass man das Glück hatte auf dieser Seite der Festung geboren zu werden und nun geht es darum diese niederzureißen, politisch und gedanklich.

Solidarische Grüße
Passierschein A38, - super wir bewegen uns

Verfehlte Politik: Ja Schuld: Nein

Der Trierer Politik-Professor **Peter Molt** engagierte sich für Rheinland-Pfalz in Ruanda. Grenzwertig sprach mit ihm über den Völkermord*, Europas Fehler in Ruanda und die Afrika-Politik von Franz-Josef Strauss. Interview: Fabian Jellonek

Grenzwertig: Herr Professor Molt, als Beauftragter der rheinland-pfälzischen Landesregierung für das Partnerschaftsprogramm mit Ruanda waren sie nah dran am Geschehen der 90er Jahre in Ruanda und pflegten Kontakt zur ruandischen Regierung. Welchen Eindruck hatten Sie von der Situation im Land vor dem Attentat auf Präsident Habarymana, dass als Auslöser des Massenmords an 800.000 Ruandern gilt?

Peter Molt: Die Geschichte Ruandas ist sehr kompliziert. Habarymanas Präsidentschaft war in den 70er Jahren bemüht, möglichst alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und zu berücksichtigen. In den 80er Jahren begannen mit der Wirtschaftskrise Machtkämpfe innerhalb der Regierung. Außerdem formierte sich in Uganda die ruandische Exilbevölkerung und entschloss sich zum Guerillakampf gegen die Regierung Ruandas. Die RPF (Ruanda Patriotic Front) war also zunächst eine Flüchtlingsbewegung, die ihre Rückkehr ins Heimatland erkämpfen wollte. Zu Beginn der 90er Jahre übten Europa und die internationale Gemeinschaft Druck auf Habarymana aus, das Land zu demokratisieren. Im Zuge dieser Demokratisierung und der Machtkämpfe innerhalb der Regierung kam es zu einem Wach-

sen ethnischer Spannungen und einer Radikalisierung innerhalb beider Bevölkerungsgruppen, vor allem allerdings unter den Hutu. Bis in die 80er Jahre hinein spielte die ethnische Zugehörigkeit immer weniger eine Rolle. So kam es sogar zu vielen Eheschließungen zwischen Tutsi und Hutu.

GW: In der Literatur wird die Geburt der Ethnisierung Ruandas doch meist in der Kolonialzeit verortet.

"Auch die katholische Kirche forcierte die Ethnisierung der sozialen Klassen."

PM: Die Kolonialzeit hat die Bedeutung verschärft. Die Begriffe Hutu und Tutsi gab es schon vorher, sie beschrieben aber eher eine soziale Trennung und keine ethnische. Tutsi waren in erster Linie die Kriegeradel Ruandas. Die Belgier fügten schließlich während ihrer Besatzung der sozialen Komponente eine ethnische hinzu. Auch die katholische Kirche forcierte die Ethnisierung der sozialen Klassen.

GW: Inwiefern war die katholische Kirche bei der Ethnisierung Ruandas beteiligt und trägt sie Mitschuld an späteren Konflikten?

PM: Die katholische Kirche hat die rassistische Trennung entsprechend der damaligen Auffassung unter Ethnologen von der Stammesgesellschaft Afrikas in Ruanda gefördert. In den Priestersemi-



Der ehemalige ruandische Präsident Habyarimana starb bei einem Attentat. Peter Molt: "Ich kannte ihn sehr gut. Er war kein überzeugter Rassist, nahm aber die Radikalisierung der Gesellschaft in Kauf."

Foto c: US-Department of Defense

naren bekamen Hutu zum Beispiel anderes Essen als Tutsi. In den 50er Jahren hat die katholische Kirche schließlich, wie die Belgier, die Emanzipationsbewegung der Hutu stark unterstützt und gefördert. Die katholische Kirche hat in Ruanda politisch gewirkt und damit unabsichtlich den Konflikt befeuert. Eine Absicht kann man ihr dabei aber nicht unterstellen.

GW: Die Literatur über den Präsidenten Habarymana ist sehr zwiespältig. Einerseits attestiert man ihm Bemühungen im Friedensprozess von Arusha, andererseits wird er als Rassist beschrieben. Wie haben Sie ihn erlebt?

PM: Ich kannte Habarymana von diversen Besuchen gut. Die Familie Habarymanas war nicht ruandisch, sondern kam aus Uganda. Er wurde in Belgien zum Soldat ausgebildet und heiratete in den Hutuadel Nordruandas ein. Ich habe ihn als Machtpragmatiker kennen gelernt. Andere Ruan-

der waren wesentlich radikaler als er. Das Auspielen der ethnischen Karte war in Ruanda eine politische Waffe. Tatsächlich ging es Ruanda um die Machtfrage, die ethnische Zugehörigkeit und Propaganda gegen andere Ethnien wurde als Mittel eingesetzt. Habarymana bildete dabei keine Ausnahme, aber er hat mit Sicherheit nicht selbst an die Propaganda geglaubt. Einer seiner engsten Berater, der ebenfalls beim Attentat starb, war ein Tutsi.

GW: Sie würden Habarymana also als Machtmenschen charakterisieren, der die ethnische Spannung zu seinen Gunsten nutzen wollte?

PM: Ja, er nahm die Radikalisierung in Kauf um seine Macht zu sichern. Aber er war kein überzeugter Rechtsradikaler.

GW: Wie beurteilen sie Kagame, den RPF-Führer und heutigen Präsidenten Ruandas?

PM: Kagame ist ein ausgebildeter Militär. Seine Lebensweise ist sehr asketisch und er sorgte für strenge Disziplin innerhalb der bewaffneten RPF, an deren Spitze er sich setzte. Seine Familie hat unter dem Flüchtlingsdasein schwer gelitten. Kagame stammt aus der ehemaligen ruandischen Königsfamilie, seine Familie hat stets gehofft, nach Ruanda zurückkehren zu können. Die Situation der Familie weist Parallelen zu den russischen Fürsten nach der kommunistischen Revolution auf, die nach Frankreich flohen und ebenfalls immer auf eine Möglichkeit zur Rückkehr an die Macht hofften. Politisch ist Kagame genau wie Habarymana ein Machtpragmatiker.

GW: Welche Rolle spielte Europa und die Weltgemeinschaft während des Genozids in Ruanda? Welchen Einfluss hatte man und welche Fehler wurden gemacht?

PM: Zunächst einmal hat niemand diese Entwicklung voraussehen können. Bis 1992/93 hat Ruanda in der europäischen Politik überhaupt keine Rolle gespielt. Man wusste auch nicht viel über das Land. Schließlich drängten die USA im Arusha-Friedensprozess auf die Machtteilung der Konfliktparteien. Die Umsetzung gelang jedoch nicht und daran zerbrach das Land. Man kann der internationalen Gemeinschaft daraus aber keinen direkten Vorwurf machen. Sicherlich hat man zu spät eingegriffen. Das Zögern war in den Erfahrungen aus Somalia begründet, US-Präsident Clinton wollte nach dem Verlust von 19 Soldaten keine weiteren Todesopfer riskieren. Diese Haltung führte zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Clinton und dem französischen Präsidenten Mitterrand. Insgesamt kann man Europa und der internationalen Gemeinschaft Versäumnisse vorwerfen, aber keine aktive Schuld.

GW: In der Literatur finden sich allerdings zahlreiche Quellen über aktive Einflussnahme durch Europa, von Militärberatern bis zur Unterstützung des Hutu-Propagandasenders RTLM.

PM: Bei den Militärberatern stimme ich zu. Tatsächlich haben französische Militärs Präsident Habarymana und die ruandische Armee aktiv beraten. Es ging ja zunächst um einen Kampf der legalen staatlichen Armee gegen eine ausländische Guerillatruppe, da ist internationale Unterstützung für die legale Armee nicht ungewöhnlich. Die andere angesprochene Unterstützung kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Mit Sicherheit wurden die Hutu-Extremisten nicht aus Europa unterstützt.

GW: Vor kurzem wurde eine enge Beraterin Kagames verhaftet und in Frankreich angeklagt. Sie soll am Attentat auf Habarymana beteiligt gewesen sein. Wie erklären Sie sich diese Anklage, schließlich gilt die Beteiligung der RPF am Attentat doch als einigermassen ausgeschlossen.

PM: Die Frage ist, wem nützt das Attentat. Warum sollte man führende Leute der eigenen Regierung abschießen? Die Frage nach dem Auftraggeber des Attentats ist auch sehr eng verknüpft mit der Frage, ob es eine systematische Vorbereitung des Genozids gab. Der internationale Strafgerichtshof in Ruanda hat festgestellt, dass es diese systematische Vorbereitung nicht gab. Die Verhaftung von Kagames Offizierin war allerdings eine Provokation Kagames. Man hat es darauf angelegt, dass sie verhaftet wird. Die Anklage ist Frankreich eher unangenehm. Es ist davon auszugehen, dass die Geheimdienste Frankreichs und der USA wissen, wer tatsächlich hinter dem Attentat steckt, aber diese Informationen werden aus verschiedenen Gründen zurückgehalten.

GW: Was für Gründe könnten das sein? Ist die Aufklärung des Attentats nicht dringend notwendig, um in Ruanda für Frieden zu sorgen?

PM: Was, wenn Kagame tatsächlich hinter dem Attentat steckt? Das würde keinesfalls den Frieden in Ruanda fördern, im Gegenteil, eine erneute Eskalation wäre die Folge. Außerdem ist Kagame in den Augen der USA und Europas ein ver-

lässlicher Machthaber. Seine Armee ist sehr engagiert in der Afrikanischen Union und sein Einfluss auf den Kongo und die gesamte Region ist nicht zu unterschätzen.

GW: Kagame provoziert also einerseits Europa und andererseits wird er geschätzt...?

PM: Nein, Kagame provoziert nicht Europa. Nur Frankreich und auf gewisse Weise Deutschland sind ihm ein Dorn im Auge.

GW: Inwiefern Deutschland?

PM: Kagame wirft Deutschland vor, nichts gegen Exil-Hutu zu tun, die von Deutschland aus die extremistischen Hutu-Milizen im Kongo anleiten. Ansonsten sind die Beziehung zwischen Kagame und Deutschland und Europa insgesamt sehr eng.

GW: Sie sprechen den Kongo an. In den letzten Wochen ist die Region wieder verstärkt in die Medien geraten. Erneut erleben wir eine UNO-Mission, die mangelnde Einsatzfähigkeit beklagt. Hat die internationale Gemeinschaft aus Ruanda nichts gelernt?

PM: Die Situationen lassen sich nicht vergleichen. Kongo ist ein sehr schwer zu beeinflussendes Land. Sowohl Ruanda mit Kagame als auch Uganda mit Museveni sind im Kongo-Konflikt involviert. Offiziell kam es zu ver-

schiedenen Abkommen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda. Zuletzt hat man sogar beschlossen, gemeinsam gegen die Milizen im Kongo vorzugehen. Die kämpfen allerdings weiter. Die Region um den Kivusee ist reich an Bodenschätzen und von starkem wirtschaftlichen Interesse. Auch hier geht es letztlich wieder um Machtpositionen und Einflussphären. Offiziell steht der Westen hinter Kabila und vor allem

zu den Abkommen, welche verdeckten Unterstützungen allerdings weiterlaufen ist schwer zu sagen.

GW: Der ehemalige UNO-Kommandant in Ruanda, Romeo Dallaire, beschreibt in seinem Buch die Vorbereitung von Waffenkammern und Straßensperren. Wie konnte angesichts dessen der internationale Strafgerichtshof für Ruanda zu der Entscheidung kommen, der Genozid sei nicht systematisch geplant worden? Ist das eine politische und keine wahrheitsgemäße Entscheidung?

PM: Am Internationalen Strafgerichtshof wird sicherlich nicht manipuliert. Urteile von solcher Tragweite werden auch nicht leichtfertig getroffen. Man kam während des Prozesses zu der Überzeugung, dass die Regierung und die offizielle

Armee nicht an den Vorbereitungen des Genozids beteiligt waren. Die Waffenkammern gab es natürlich, sie wurden aber von Rechtsradikalen angelegt, nicht von der Regierung. Die Wahrheit ist nur sehr schwer festzustellen. Es gibt sehr viele verschiedene Aussagen. Aber Romeo Dallaire ist keine verlässliche Quelle.

GW: Inwiefern kritisieren Sie sein Buch?

PM: Sein Bericht ist zu emotional gefärbt. Ich kannte seinen Nachfolger sehr gut und habe viel mit ihm über die damalige Situation der UN in Ruanda gesprochen. Es gibt einige Leute, die Dallaire vorwerfen, er hätte sich auf die Seite Kagames geschlagen.

GW: Ebenso behaupten einige Quellen, die Christdemokraten in Europa hätten sich zu parteiisch hinter die Hutu gestellt.

"Strauss war ein Kolonialzeit-Nostalgiker"

PM: Das Büro der christlich-demokratischen-Internationale in Brüssel hat sich damals zu Habyrymana bekannt. Seine Partei war korrespondierendes Mitglied der CDI. Die CDU als Partei hat allerdings damals keine Position für die eine oder andere Seite bezogen. Insgesamt handelt es sich bei diesen Vorwürfen aber um polemische Literatur und Interessenpolitik. Schließlich basiert die Legitimation der heutigen Regierung komplett auf der Interpretation der Ereignisse von '94. Die ungefärbte Wahrheit ist da kaum festzustellen.

GW: Wie sah die Positionierung der CDI nach dem Attentat auf den Präsidenten aus?

PM: Man vertrat die Position, der Genozid sei von Kagame provoziert worden.

GW: Muss man sich nicht aus heutiger Sicht von dieser Position distanzieren?

PM: Die Frage habe ich ihnen schon beantwortet: Die letzte Wahrheit wird man nicht feststellen.

GW: Insgesamt scheint die Afrika-Politik konservativer Politiker in Deutschland heute in keinem positiven Licht. Wieso pflegte Strauss Beziehungen zu Diktatoren in Afrika. Welche Interessen hatte er als Ministerpräsident Bayerns an Afrikas Diktaturen?

PM: Zunächst ist die Feststellung wichtig, dass Strauss nichts mit Ruanda zu tun hatte. Strauss hatte in den 70er Jahren enge Beziehungen zum DeClerk-Regime in Südafrika und allen Staaten, die das DeClerk-Regime nicht verurteilten. Das waren natürlich konservative und rechtsgerichtete Regierungen. Es gab bayrische Investitionen in diesen Ländern. Schließlich waren es auch deutsche Interessen, die Strauss vertrat. Man hatte wirtschaftliche Beziehungen zu diesen Staaten. Airbus war zum Beispiel in Südafrika aktiv. Außerdem ist die Afrika-Politik von Strauss im Kontext des Ost-West-Konflikts zu betrachten. Strauss machte antikommunistische Politik. In dieser Zeit nichts ungewöhnliches. Zu guter Letzt spielte bei Strauss auch eine gewisse Spätkolonial-Nostalgie mit.

GW: Franz-Josef Strauss war also ein Kolonialzeit-Nostalgiker?

PM: Ja, aber er war nicht der Einzige. Die gab es auch in anderen Parteien. Der ehemalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier von der CDU etwa, aber auch Politiker der SPD.

GW: Herr Professor Molt - vielen Dank für dieses interessante Gespräch.



Prof. Peter Molt

Der Politikwissenschaftler lehrt seit 1992 über Entwicklungspolitik in Trier. In den 60er Jahren leitete er das Internationale Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung und den Deutschen Entwicklungsdienst. In

den 80er Jahren war er Ministerialrat für Entwicklungszusammenarbeit in Rheinland-Pfalz. Während dieser Tätigkeit leitete er das RLP-Ruanda-Partnerschaftsprogramm. Als in Ruanda der Genozid ausbrach galt Molt als einer der führenden Experten. Seine damalige Einschätzung des Konflikts wurde von linken Wissenschaftlern heftig kritisiert.

Der Völkermord in Ruanda

Im Jahre 1994 wurden in Ruanda binnen 100 Tagen mindestens 500.000 Tutsi durch aufgehetzte Hutu-Milizen ermordet. Die Morde wurden in der Regel mit einfachen Waffen oder Werkzeugen, beispielsweise Macheten begangen. Die Hutu-Bevölkerung wurde massiv durch Hetzpropaganda der Medien gegen die Tutsi-Minderheit aufgestachelt. Oft quälten die Täter ihre Opfer über mehrere Stunden, gegenüber Frauen kam es zu exzessiver sexueller Gewalt. Die extrem hohe Anzahl an Toten, die Brutalität der Gewalt und die weitreichende Beteiligung der Bevölkerung an den Morden gibt bis heute Anlass zu zahlreichen Theorien über die Ursache und die Dynamik des Rassismus in Ruanda. Der endgültige Gewaltausbruch begann nach dem Attentat auf den damaligen Präsidenten Habyarimana. Bis heute ist nicht endgültig geklärt, ob tatsächlich die damalige Opposition, die Tutsi-dominierte RPF, für das Attentat verantwortlich ist, oder Rechtsradikale Kräfte innerhalb der Regierung. Zahlreiche Indizien sprechen für letztere Theorie. Ebenso ist auch heute noch das tatsächliche Ausmaß der Regierungsbeteiligung am Morden, und somit die Frage der systematischen Vorbereitung des Genozids umstritten.

Keine Phrase! Eine Frage des Willens!

Ein Kommentar von Fabian Jellonnek

Die Forderung, Fluchtursachen statt Flüchtlinge zu bekämpfen ist keine utopische "Gutmensch-Parole", sondern der realistische Anspruch auf eine vernünftige und durchdachte Aussenpolitik.

Die Hansa Stavanger* ist befreit. Von wem eigentlich befreit? Von Piraten? Von Piraten ohne Säbel, Totenkopf-Flagge und mit Raketenwerfern statt Kanonenbooten? Die Frage, von wem das Containerschiff der deutschen Reederei Leonhardt & Blumberg befreit wurde, ist schwer zu beantworten, wenn man auf den abenteuerlichen Piraten-Begriff verzichtet. Klar ist hingegen, wer die Hansa Stavanger befreit hat: Ein dickes deutsches Scheckbuch. Mehrere Millionen sollen an die Entführer gezahlt worden sein. Klar ist auch, wer die Hansa Stavanger eskortiert hat, es war die Brandenburg, ein Schiff der deutschen Marine. Die Bundeswehr hatte am 8. August allen Grund zur Freude: Sämtliche Medien zeigten das stolze Marineschiff, auf seiner Begleitmission nach Mombasa, Kenia. Denn auch das ist klar, selbst die Bundeswehr würde nichtmal im Traum daran denken, derzeit somalisches Festland anzusteuern. So kommt es, dass die Bundeswehr in jenen Gewässern rundumpelt, die unmittelbar vor jenem Landstrich liegen, der als Afrikas Fluchtursache Nr.1 im Jahr 2008 gilt: Somalia. Instabile oder gescheiterte Demokratie, failed State, nennt die Politikwissenschaft Staaten, die lediglich auf dem

Papier oder regional begrenzt in einigen Städten statt finden. Die Gründe des Staatsversagens sind vielfältig und zumeist lässt sich der Zeitpunkt des Scheiterns kaum datieren. Klar ist allerdings: Kein Staat ist eine Insel. In Zeiten internationaler Verflechtung ist Staatsversagen zwar häufig "hausgemacht" aber niemals das Werk eines Einzeltäters.

Untersucht man die Ursachen staatlicher Defekte, kann das Urteil nur lauten:

Kollektivschuld. Egal ob Scherbenhaufen kolonialen Erbes, Meeresüberfischung, Verarmung, Handelszölle oder Waffenlieferung; am Scheitern einer Nationen sind andere beteiligt, und häufig verdienen sie sogar daran. Europa und Deutschland sind als Koproduzenten von Fluchtursachen längst nicht so weit entfernt wie der

Weg der Flüchtlinge auf den vermeintlich sicheren Kontinent lang ist. Europas Schutzzölle und Agrarsubventionen sind maßgeblich an der Unterdrückung wirtschaftlichen Aufschwungs in Afrika beteiligt. Die Unterdrückten heißen hierzulande Wirtschaftsflüchtlinge und genießen als solche keinerlei Anrecht auf Asyl.

Romeo Dallaire, Kommandant der UNO-Mission in Ruanda während des Völkermords 1994 be-

Steinmeier!
Setzen!
Sechs!

schrieb in seinem Buch "Handsclag mit dem Teufel" unverblümt ruandisches Werk und Frankreichs Beitrag. Seine Diagnose der Ereignisse in Ruanda lautete: kollektives Versagen der Menschheit. Der damalige französische Minister, für humanitäre Angelegenheiten, Bernard Kouchner* ist heute Außenminister und in Ruandas Nachbarstaat, der Demokratischen Republik Kongo, wiederholt sich die Geschichte der Gewalt. Dallaires Kollegen vor Ort müssen erneut verzweifeln um ein kleines bisschen Weltöffentlichkeit kämpfen. Die Menschenrechte feiern 2009 ihren sechzigsten Geburtstag - das geeignete Ständchen in Anbetracht der Weltlage folgt einer simplen Melodie und wiederholt im Refrain den flapsigen Text: "60 Jahre und kein bisschen weise/ 60 Jahre ham' wa' nix dazugelernt". Unlängst bewies die Weltgemeinschaft erneut, wie lernresistent sie ist. Im Iran wehrten sich tausende gegen die Terrorherrschaft Ahmadinedschads und all jene Weltherrscher die den iranischen Präsidenten bis dato zur größten Gefahr unserer Zeit erklärten, verteilten nichts als halbgare Anteilnahme und verweigerten die tatsächliche Hilfe. Erinnerung an jene Nacht wurden wach, als wir alle nicht ins Bett gingen und freudetrunken "Yes, we can!" skandierten. Ja, Herr Obama, sie hätten gekonnt. Aber sie haben nichts getan. Warum, fragt nicht nur die iranische Exilgemeinde, die über den ganzen Globus geflüchtet ist. Warum, so sollte auch die Frage an den deutschen Außenminister und Kanzlerkandidaten Frank-Walther Steinmeier lauten. Seine Iran-Politik verdient die selbe Note, die sein Zutun im Fall Kurnaz bewertet: Steinmeier! Setzen! Sechs! Wieder einmal hat die internationale wie die deutsche Politik eine Gelegenheit zur Bekämpfung von Fluchtursachen fahrlässigerweise verpennt. Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge. Wer das ruft ist nicht blöd und schon gar kein Träumer.

Allzu gerne wird die Parole zum Gutmensch-Geschwätz erklärt oder je nach Bedarf als schmückende Pseudoabsicht in Parteiprogramme aufgenommen. Klar ist doch, dass es Fluchtursachen gibt. Klar ist auch, dass Fluchtursachen reale Gründe und Auslöser haben. Ebenso klar sollte man Regierungen damit konfrontieren, dass sich ihnen real existierende Instrumente, Methoden und Gelegenheiten bieten, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Peter Struck, seinerzeit Verteidigungsminister, sah einst die Sicherheit Deutschlands, die am Hinduskusch zu verteidigen sei. Auch beim Bundeswehreininsatz vor der somalischen Küste geht es um Sicherheit. Bundesweite Sicherheitsbedenken waren es wohl auch, die klare, wahre Worte und Taten gegenüber dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad verhinderten. Die deutsche Außenpolitik reduziert sich, abgesehen vom Umgang mit direkten Verbündeten, auf deutsche Sicherheitsbezüge. Ganz so, als wäre noch Kalter Krieg. Ganz so, als hätte die internationale Verflechtung lediglich eine sicherheitspolitische Dimension. Die deutsche Außenpolitik ist kalter Kaffee, hin und wieder aufgewärmt mit Terrorängsten und gleicht dem Versuch mit einem alten Modem im Web 2.0 Spass zu haben.

Deutschland und Europa müssen einsehen, dass sie Teil einer Welt sind und auch ohne unmittelbar kriegerische Handlungen Auswirkungen auf die Welt haben. Außenpolitik muss ganzheitlich betrieben werden, als eine Art "Weltpolitik", auch wenn dieser Begriff Anlass zur Verwirrung gibt. Allerdings muss weitsichtige Politik um eine Harmonisierung der Weltlage bemüht sein, um Probleme, Bedrohungen und Gewalteskalationen bereits im Vorfeld zu verhindern. Dort wo Men-

Außenpolitik =
Sicherheitspolitik?
Kalter Kaffee
in Berlin
frisch
brüht! aufge-

schen aus ihrer Heimat fliehen, egal ob wirtschaftlich oder politisch motiviert, kann etwas nicht stimmen. Folgt man den Flüchtlingsströmen zu ihren Ursprüngen, dann trifft man automatisch auf aktuelle oder mittelfristige Krisenherde. Fluchtbewegungen sind einer der sensibelsten Indikatoren für internationales Konfliktpotential. Die Maxime Fluchtursachen bekämpfen, statt Flüchtlinge, als oberstes Gebot einer neuen deutschen Außenpolitik könnte helfen der Realität unserer Zeit gerecht zu werden, und sich in ihr zu recht zu finden.

Von wem wurde die Hansa Stavanger also befreit? Sehr wahrscheinlich von Menschen, die auch guten Grund gehabt hätten, Reiß-aus aus Somalia zu nehmen. Ob die Umstände, die sie zu modernen Piraten machte, auch als Asylgrund in Europa gezählt hätten, das steht auf einem anderen deutschen oder europäischen Gesetzesblatt. Klar ist allerdings, dass weder Deutschland noch Europa ernsthaft gegen diese Umstände vorgegangen ist. Nun ist es soweit, dass Bundeswehrtuppen Handelsschiffe schützen und Lösegelder in zwielichtige Kanäle gezahlt werden. Die Ursachenbekämpfung wäre billiger zu haben gewesen und obendrein hätte der finanzielle Aufwand weniger Bauchschmerzen verursacht. Die Weltgemeinschaft und vor allem Europa kann es sich nicht leisten, einen ganzen Kontinent als Armenhaus und Selbstbedienungsladen herzurichten. Und die Post-Mogadischu*-Strategie, einfach mal wegzuschauen wenn irgendwo auf dem Globus eine Gesellschaft zerfällt, hat sich im Falle Somalias einmal mehr als kurzsichtig und vollkommen

ungeeignet offenbart.

Herausforderung für die politische Linke

Obwohl die Forderung Fluchtursachen statt Flüchtlinge zu bekämpfen zweifelsfrei linken Ursprungs ist, wird das linke Spektrum rotieren müssen, wenn diese erstmal politische Praxis geworden ist. Alle mit bedacht errichteten Theoriegebäude müssten dem Fegefeuer der Aktualität ausgesetzt werden, auch auf die Gefahr hin, dass die Fassade dabei Schaden nehmen könnte. Ahmadinedschad als Umverteiler zu feiern und als Opfer westlicher Propaganda zu schützen passt mit der Forderung nach Fluchtursachenbekämpfung nicht zusammen.

Wer sich aktiv gegen Fluchtursachen wenden möchte, der wird auch mit "Hätte-wäre-wenn"-Verweisen auf die Kolonialgeschichte wenig fruchtbares beitragen können. Oberste Bedingung, will man effektiv sein, ist die Auseinandersetzung mit aktuellen Geschehnissen. Dabei werden Debatten zu führen sein, die nicht von ungefähr jenen von Mogadischu* bis Srebrenica* ähneln.

Schließlich bleibt die Erkenntnis, dass jeder, der Ernst macht mit der Parole egal ob Politiker im Anzug und mit dokumentenechter Tinte oder Aktivist in Demomontur und mit tausendfach kopierten Flugblättern, sich bekennen muss - Im Zweifelsfall für die Logik der Menschlichkeit und gegen andere persönliche Überzeugungen oder Interessen.

Grenzwertig informiert:

<p>Hansa Stavanger Die HS ist ein deutsches Handelsschiff, das in den Gewässern vor Somalia von sogenannten Piraten angegriffen und besetzt wurde. Die internationale Besatzung befand sich über Wochen in Geiselschaft. Anfang August 2009 wurde Besatzung und Schiff vom deutschen Reeder freigekauft. Die Bundeswehr führt gemeinsam mit anderen Nationen eine Operation zum Schutz von Handelsschiffen gegen Piraterie vor Somalia durch.</p>	<p>Bernard Kouchner BK ist der aktuelle franz. Außenminister. Während des Völkermords in Ruanda war der ehemalige Arzt und Gründer von Médecins sans frontières Minister für humanitäre Angelegenheiten. Romeo Dallaire wirft BK in seinem Buch vor, ihn nicht über Frankreichs Pläne aufgeklärt zu haben und das Leben von Flüchtlingswaisen aufs Spiel gesetzt zu haben um Medienaufmerksamkeit und politisches Kapital aus der Situation zu schlagen.</p>	<p>Srebrenica Im Juli 1995 kam es in der Stadt Srebrenica zu einem Massaker an 8000 Bosniaken durch serbische Befreiungsnationalisten. Das Massaker geschah in einer durch UNO-Blauhelme überwachten Schutzzone und sorgte in der Folge für eine heftige Diskussion um Sinn und Zweck von Blauhelmissionen. Bundesaußenminister Joschka Fischer nutzte den Anlass als Begründung für die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg.</p>	<p>Unter der Maxime "Nie wieder Srebrenica" verabschiedete sich Fischer vom Grünen Grundsatz des Pazifismus. Mogadischu Bei der Schlacht von Mogadischu starben am 3. und 4.10.93 insgesamt 19 US-Soldaten. Die USA zogen sich in der Folge aus der UN-Mission in Somalia zurück. Die anschließende "No-Dead!" Politik Clintons gilt als Ursache für die Untätigkeit der Weltgemeinschaft während des verheerenden Völkermords in Ruanda.</p>
--	---	--	--

Schaut hin!

Selten ist ein Spielfilm so überfällig und wichtig wie Arash T. Riahis "Ein Augenblick Freiheit".

Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift und schon stecken wir in der Zwickmühle. Seriös und journalistisch soll die Grenzwertig sein und wirken - soweit der Konsens auf allen Redaktionssitzungen. Und dann sieht man diesen Film, "Ein Augenblick Freiheit" von Arash T. Riahi, und weiß nicht recht, auf welchem Stuhl man noch sitzen bleiben sollte und was einen noch daran hindern kann zu applaudieren bis die Hände bluten. Dieser Film verdient jeden Zuschauer, mehr noch, es scheint eine Pflicht ihn gesehen zu haben, zumal als Europäer und erst Recht als Autor einer Zeitschrift für Migration und Menschenrechte.

Arash T. Riahi gelingt es, das kaum Darstellbare in ästhetischen Bildern einzufangen: Das dramatische Schicksal von Menschen auf der Flucht. Oft hört man diese Geschichten und fragt sich, wie ein Mensch unter solchen Umständen überleben kann, vorstellen kann man sich das jedenfalls nicht. Arash T. Riahi konnte es, möglicherweise weil er selbst einst aus dem Iran nach Österreich floh und ähnliches erlebte wie die iranische Familie in seinem Spielfilmdebüt, die in Ankara, erlöst von der ersten Etappe ihrer Flucht, hofft, dass ihr Weg weiter führt ins sichere Europa. Denn in der Türkei sind die Protagonisten immer noch nicht sicher vor dem iranischen Geheimdienst und seinen Foltermethoden. "Ein Augenblick Freiheit" zeigt hier eindringlich, wie scheinheilig das Gerede von sicheren Drittstaaten ist. "Ein Augenblick Freiheit" zeigt auch, wie umtriebige Geschäftsleute die ungewisse Situation von Flüchtlingen ausnutzen und wie wehrlos diese solchen erpresserischen Methoden ausgeliefert sind. Eine der größten

Stärken dieses Films ist allerdings, dass er kein bloßes Betroffenheitskino auf die Leinwand bringt, sondern immer wieder humorvolle Brisen wehen, Metaphern die Hoffnung und Ausdruck des Willens der Figuren darstellen.

Die Taz kritisierte "Ein Augenblick Freiheit" unlängst, stempelte ihn als überladen ab, ohne den bewusst gewählten ganzheitlichen Ansatz von Arash T. Riahi zu begreifen. Tatsächlich muss ein Film überla-

den sein, will er annähernd beschreiben, welchen Alltag Flüchtlinge erleben. Auf der Flucht erleben Menschen zu viele dramatische Situationen für ein Leben. Deutlich wird diese Diskrepanz zwischen dem Lebenslauf eines EU-



Bürgers und dem eines Flüchtlings in der Figur der ziemlich naiven englischen Aktivistin, die bei ihrer ersten Begegnung mit Flüchtling sagt: "Ich hätte auch gern so ein aufregendes Leben.". Wir können uns dieses Leben eben nicht vorstellen. Gut, dass es jetzt "Ein Augenblick Freiheit" gibt, der es uns auf eine Weise zeigt, der man sich nicht entziehen kann. Arash T. Riahis Film, mittlerweile auf 22 Festivals ausgezeichnet, verdient die ungeteilte Aufmerksamkeit des vereinten Europas: Schaut hin! *ff*

Foto c: Verleih

Ein Augenblick Freiheit

präsentiert vom Multikulturellen Zentrum Trier und der Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz

27.08.09 - 20 Uhr

Mehrgenerationenaus Trier

Eintritt Frei!

Glücks Märchen.

In Feridun Zaimoglus neuem Roman "Hinterland" zanken Realität und Phantasie wie ein Liebespaar.

Preisfrage: Wieviele Geschichten sind eine Liebesgeschichte? Antwort: 1001. Gewinnen Sie die Romantik zurück! Sie müssen nur wollen. Den ein oder anderen Leser wird "Hinterland", der neue Roman von Feridun Zaimoglu, Überwindung kosten. Man darf nicht allzu fest auf dem Boden der Tatsachen stehen, will man diese Reise durch Europa und vor allem die Reise in die fiebrig wummernde und wabernde Welt der Zwerge und Märchenwesen antreten. Beim Lesen sollte man eigentlich gar nicht stehen und erst Recht sollte man nicht versucht sein, diesen Roman im Zug auf der Fahrt von A nach B zu verstehen. Eigentlich muss man sogar das Verstehen an sich aufgeben. In Zaimoglus lange Schachtelsätze muss man eintauchen und versinken. Wer das wagt, der gewinnt! Einmal in den Erzählfluss eingestiegen, eröffnet Zaimoglu dem Leser phantastische Welten, die mitten im Leben stattfinden. Zaimoglus Märchenwelten stehen nicht etwa in Büchern, seine Zwerge und Traumgestalten werden in Autorückspiegeln gesichtet und bevölkern Wohnungen und Tische. Das eigentliche Bekenntnis zur Romantik besteht in diesem Roman nicht in den mystischen Fieberwelten, sondern darin, dass die Realität, die Orte (zum Beispiel Prag) und die Ereignisse (Begegnungen und Trennungen) nur Kulisse sind für das



Keine Phantasiegestalt, sondern ein wahrhaftiger Schriftsteller - Feridun Zaimoglu.

Foto c: KiWi-Verlag

tatsächlich Relevante, das überwältigende Bühnenstück der Gefühle mit all seinen Kostümierungen und Gestalten. Zaimoglu stellt die Empfindungen seiner Romanfiguren in den Mittelpunkt und dass in Zeiten, in denen mehr Lebensläufe geschrieben werden als Leben gelebt - ein radikales Wagnis, das in seiner Eigenwilligkeit befremdlich wirkt und dennoch jedem unverzichtbar scheint, der dieses Buch liest. Eigenwillig, so wirkt schließlich auch das versammelte Romanpersonal um Aneschka und Ferda. Ferdas Vergangenheit taugt nicht, um reine Westen aus ihr zu schneiden, und bietet dabei umso mehr Stoff um Geschichten zu stricken. Verstrickt ist auch seine Liebesgeschichte zu Aneschka, ständig am aufflammen und verloren gehen. Verstrickt sind in diesem Roman alle Protagonisten miteinander. Wie bei einem Stammbaum leitet sich die Geschichte des Einen von der der Anderen ab und am Fuße des Baumes, wo der Stamm in den Erdboden eintaucht, da brodeln, wie sollte es anders sein, die seltsamsten Gestalten herum.

Trotz all der Anlehnung an die Romantik bleibt Zaimoglu, was er seit Beginn seiner Bibliographie ist, ein Großmeister der Decodierung. In Halbsätzen, in der Beschreibung von kleinen Bewegungen oder Blicken verleiht der Schriftsteller seinen

Figuren ihre Tiefe. Zaimoglu hat, so scheint es, Codes zu unseren Köpfen, die ähnlich knapp ausfallen wie Zahlenkombinationen zu Schließfächern. Zaimoglu braucht keine langen Abhandlungen, um die Motivation seiner Figuren zu erläutern, er beschreibt Augenblicke von kürzester Dauer, ein zwei Sekunden, und der Leser versteht intuitiv, was in der beschriebenen Person vorgeht, was sie antreibt. Diese Codes, die beinahe beängstigend sicher den Leser berühren und nur durch eine außerordentliche Beobachtungsgabe von Zaimoglu zu erklären sind, verkommen dabei niemals zum Klischee. Zaimoglu schreibt nicht über Ferda, Aneschka, Antonin und Vlasta, er schreibt für sie. Egal welche Figur gerade im Scheinwerferlicht des Romans steht, der Schriftsteller steht hinter ihr. Wunderbar subjektiv und fernab von irgendwelchen Wahrheiten in irgendeiner Mitte schreibt Zaimoglu über das Leben

und vor allem das Liebesleben. Es gibt keine klärende Mitte zwischen den Menschen in Zaimoglus Roman, auch nicht zwischen Realität und Märchen, nicht in der Liebe und schon gar nicht im Persönlichen. Wer das einsieht wird glücklich sein. Dieser Roman hilft dabei ungemein, denn er zwingt uns diesen Irrglauben von vornherein aufzugeben. fj

Hinterland

Roman

Kiepenheuer&Witsch

448 Seiten, Gebunden

Im Buchhandel ab 24.8.09

Feridun Zaimoglu liest in Trier!

aus seinem neuen Roman "Hinterland"

22. Oktober
Tufa*Trier
19.30 Uhr. Eintritt Frei!

eine Veranstaltung vom



in Kooperation mit



Das verträumte Schaf

eine Fabel von Pavel Pakistan.

Neulich auf einer Zugfahrt hatte ich das Glück, am Fenster sitzen zu können. Ich lehne dann immer meine Stirn gegen das vibrierende Fenster und schaue in die Landschaft – wenn es sein muss, stundenlang. Wie ein kleines Kind presse ich meine Wangen gegen die Scheibe und zeichne mit dem Fingernagel Raster auf die Landkarten, die mein Atem malt. Genau wie ein kleines Kind und doch ganz anders, denn die leuchtenden Augen, die voller Begeisterung die Weite der schönen Welt entdeckten, sind meinen erwachsenen Augen gewichen, die voll von Sehnsucht matt und düster auf der Kunststoffglasscheibe kleben und Ausschau halten, nach einer nicht so traurigen Welt.

Diese erwachsenen Augen waren es, die auf jener Zugfahrt, draußen direkt vor den Bahngleisen ein Schaf schwitzen sahen. Es lag inmitten eines Quadrats, gebildet aus einem Zaun, kaum so groß wie eine Küche mit Esstisch, und dachte ganz offensichtlich darüber nach, ob es die Domestizierung der Tierwelt begrüßen oder verabscheuen sollte. Es dachte nach über ein Leben auf dem ergrauten Quadrat, dass ihm zweimal jährlich eine Komplettrasur bot und darüber hinaus vierteljährliche Streicheleinheiten durch Enkelkinder

mit Löwenzahnfütterung, und hielt diesem ein Leben als Flüchtling entgegen, dass so unsagbar schwer sein würde, hatte es doch schließlich noch nie für sich selbst gesorgt. Für einen Moment empfand ich tiefes Bedauern um die Gedanken des Schafes, die wohl niemals aufgezeichnet und somit in Vergessenheit geraten würden. Der Grund weshalb ich sie jetzt zu Papier bringe, ist, dass ich vorhin eine dicke Krähe sah, die vor meiner Parkbank mit ihren grauen Krallenfüßchen im mit Zigarettenstummeln durchsetzten Schotter herumstocherte und alte Mc Donalds Fritten frass. Wie gerne hätte ich in diesem Moment das Schaf bei mir gehabt, dass ein Leben lang über Domestizierung nachdenkt. Sicherlich hätte es mit seinem wollenen Vorderhuf auf die Krähe gezeitigt und gesagt, „siehst du mein Freund, so frei wie dieser Vogel müsste man sein“. „Ja“, hätte ich gesagt, ohne dem Schaf dabei in die Augen sehen zu können, weil ich im Gegensatz zum Schaf weiß, dass Pommes pickende Stadtvögel von der Freiheit der Würmer fressenden Landvögel träumen. Wie gerne wäre ich das Schaf gewesen und wie sehr wünsche ich mir einen Freund, der mich so gut versteht, dass er auch mal lügt, wenn es sein muss.



So sieht's aus!
Foto c: Rike/PIXELIO

Memoiren eines Meuterers

eine Kurzgeschichte aus gegebenem Anlass*
von Till Tunesien

Wenn das hier Fluchttüren wären, dann wäre das alles nicht möglich. Fluchttüren öffnen nach außen, die kann man von innen nicht blockieren. Aber das hier sind keine Fluchttüren, sondern Türen, die für Leute wie mich schon immer blockiert waren. Der öffentliche Raum kennt aber tausend Regeln - Türen, durch die man im Notfall gehen kann, ist eine davon. Für mich kennt der öffentliche Raum tausende von Ausnahmen, dabei bin ich keine, drum sitz ich auch nicht alleine zwischen umgeräumten Stockbetten und verkeilten Tischen in diesem Wartesaal der Unmöglichkeit. Wann holt man uns ab, um uns abzustoßen wie Ballast auf einem Heißluftballon. Flieg, Engelchen Flieg! Flieg, Teufelchen Flieg! Flieg, Deutschland Flieg! Und ich flieg mit, gefesselt in der Business Class. Heute fliegt keiner raus. Jetzt bleiben wir hier.

Den meisten von uns hat man schon viele Namen gegeben, die wenigsten waren nett - heute Abend und morgen früh nennt man uns Meuterer. Das klingt abenteuerlich und nach hoher See. Das passt nicht zu dem, was wir hier tun und weshalb wir kämpfen. Trotzdem erinnere ich mich ans Meer, als wir alle für Stunden schweigen und warten in unserem verbarrikadierten Wartezimmer der eigens geschaffenen Möglichkeit. Ich erinnere mich, wie ich am Meer stand und mich übergeben musste, als sie uns unser Boot zeigten. Ich wollte da nicht drauf, aber ich

musste über das Meer. Das Meer zwischen unseren Kontinenten ist die schönste, salzigste und größte Ungerechtigkeit auf Erden. Als wir über das Meer fuhren und keiner sich bewegte, hielt ich dem Mann neben mir meine Hand hin, wollte ihm meinen Namen sagen, aber er drehte seinen Kopf weg und sah aufs Wasser. Zu Hause hatten wir Kaninchen und Mutter sagte immer zu mir: "Gib den Kaninchen keine Namen, sonst bricht es dir dein kleines Herz, wenn Vater ihm sein Genick bricht." Als der Mann neben mir ertrunken war, wusste ich weshalb er meine Hand nicht schüttelte und meinen Namen nicht wissen wollte: Es tut weniger weh, wenn man etwas sterben sieht, dass man nicht kennt.

Die Behörden kennen uns nicht, es tut ihnen nicht weh, uns in den Tod zu schicken. Heute sollen sie uns kennen lernen. Sie werden sich an unsere Namen erinnern. Plötzlich lächeln alle entspannt. Mein Freund pufft mir in die Seite: "Hey aufwachen!, wir habens geschafft. Wir sollen einen Unterhändler zu ihnen schicken!". Der Unterhändler ist schnell gewählt bevor er raus geht, klopf ihm jeder auf die Schulter und nimmt ihn in den Arm. "Hol uns endlich raus aus diesem Knast! Bring uns Freiheit!", sage ich zu ihm. Hastig räumen wir die Möbel weg, erleichtert blicken wir uns an. "Los geh schon!". Er geht durch die Tür, die keine Fluchttür ist und nie nie niemals eine sein wird.

*am 13 Juli 2009 wehrten sich Insassen des Abschiebeknasts Ingelheim gegen eine Abschiebung, in dem sie sich verbarrikadierten. Unter Vortäuschung einer Verhandlung drang das SEK gewaltsam ein und verletzte 3 Flüchtlinge.

Sei nicht klug!

Gedichte von Ayad Bagdadi.

Auf dem Tisch

Ein leeres Zigarettenpäckchen,
Eine Mücke in der letzten Teetasse,
Eine vorgehende Uhr,
Handy ohne Guthaben,
Ein hungriger Bauch
und die Kanzlerin lächelt im Fernsehen

Lebe König!

Sei nicht klug,
Beim Schachspielen
Mit dem König!
Nie versuch zu gewinnen!
Schreie nicht; Schachmatt!
Sondern lebe der König!

c: Christopher Kahnt/PIXELIO



Werbung für die Gesundheit

Wenn Sie in Deutschland leben,
Kein Asylrecht haben,
Und keinen Eurojob arbeiten,
Werden Sie reine Zähne haben!

Wie immer

Heute Abend wie immer,
Bilde ich mir etwas ein;
Mein Schuh sei Fisch,
Mit Geruch der Socken.
Er war sehr frisch,
Ich kaue in mit Mut,
Ich kaue ihn mit Wut,
Die ich mit Speichel erlosch.

Ah, Irak!

In der Nähe von dir
Sei mein Leben,
Ich bin tot in dir!

In der Ferne von dir
Sei mein Tod,
Ich lebe weit von dir!

Der Weg zum Asylheim

*Kam und schlief die Nacht.
Es war dunkel und kalt.
Einsam auf einem Landweg,
der kaum besucht wird,
war ich mit dem Wind.
Alles war unsichtbar,
außer einem Bauerngrab,
Welches im Frieden war.
Kein Trost außer der Nacht,
und ein Hund auf einem Hügel,
bellt; fremd, fremd, fremd...!*

Der Autor

Ayad Bagdadi ist ein Künstlername. Der Autor hat in Marburg und Bagdad Literaturwissenschaften studiert.

Momentan lebt er in der Nähe von Trier. In seinen Gedichten verarbeitet er seine Erlebnisse als Flüchtling und Asylsuchender in Deutschland. Einige seine Gedichte beziehen sich dabei direkt auf die Situation in und um Trier. Zur Zeit arbeitet Ayad Bagdadi an seinem ersten Bühnenstück.

Brecht sagte es

*Gib auf Dich acht!
Wenn du an die Grenzen kommst!
Leg die Wahrheit unter den Rock!
Verzichte auf deine Glieder!
Vor dem Asylrichter musst
Du behindert sein!*

Ein verbrannter Wunsch

*Der Mond beleuchtet den Strand,
Malte ich auf den Sand;
Ein schönes Haus von Bagdad.
Da zitterte meine Hand,
Und steckte es in Brand,
Weil ich es unwahr fand!*



Impressum

Herausgeber: Multikulturelles Zentrum Trier

Balduinstr. 6

54290 Trier

verantwortlicher Redakteur: Fabian Jellonnek

Auflage Printausgabe: 200



Die Grenzwertig erscheint 2 mal pro Jahr. Die nächste Ausgabe zum Jahreswechsel.

**Alle Anfrage, Kommentare und Anregungen bitte per Mail an
zeitschrift@multicultural-center.de**



Afrikanisches Trommeln

Jeden Samstag um 17 Uhr. 25€ pro Monat.

Kursleiter: Papé Sidinkoma. Musiker, Trommelbauer und Holzbildhauer aus Kankan/ Guinea.



Multikulturelles Zentrum Trier *Balduinsstraße 6 *54290 Trier *Tel.: 0651-48497

Musikinstrumente lernen und spielen im Multikulturellen Zentrum Trier. Ein Angebot in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft 'anderes lernen e.V.'

Engagement!

im Multikulturellen Zentrum Trier
konkret! sinnvoll! bereichernd!

du redest gern über eine bessere Welt??? du diskutierst stundenlang über die Verhältnisse und wie sie sein sollten??? du hast das Gefühl das Reden und Diskutieren nicht mehr ausreicht??? du willst konkret an anderen Verhältnissen mitarbeiten??? du willst sinnvoll zu einer besseren Welt beitragen??? du willst neue Erfahrungen sammeln??? **DANN ENGAGIER DICH DOCH IM MULTIKULTURELLEN ZENTRUM TRIER!!!**

im Alphakurs! Bring Menschen aus aller Welt die Grundlagen der deutschen Sprache bei!!! Du brauchst weder Germanist noch Lehrer zu sein, um Menschen die Basics für den alltäglichen Sprachgebrauch beizubringen!!!

organisier Kulturevents! Arbeite mit an Konzepten für kulturelle Veranstaltungen! Bring deine Ideen mit ein und lerne viel über die Kulturen unserer Welt! Mach Bekanntschaft mit interessanten Künstlern aller Kontinente! Sammle Erfahrung im Kulturbereich und knüpf Kontakte!

mach Politik! Organisiere Demos, Diskussionsrunden oder sonstige politische Veranstaltungen!!! Bring deine Vorstellungen einer besseren Welt mit ein!!! Arbeite in einem erfahrenen Team und übernehme Verantwortung!!! Positioniere dich in Asyl- und Menschenrechtsfragen!!! Streite mit uns gemeinsam für Gerechtigkeit unter den Menschen!!! Engagiere dich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit!

unterstütz unser Rechercheteam! Hilf uns wenn wir schnell Infos über Politik, Gesetze und Länder brauchen!!! Wenn du magst auch bequem von zu Hause aus!!! Hier kannst du helfen auch wenn du nur ab und zu Zeit hast!!! Arbeite konkret und ungebunden bei uns mit!!! Wir freuen uns auf dich!!!

schreib Artikel! Für unsere Zeitschrift über Migration und Menschenrechte!!! Du warst in einem anderen Land und willst von deinen Erfahrungen berichten??? Du kennst dich aus in Migrations und Menschenrechtsfragen??? Du hast eine Meinung und willst das sie gehört wird??? Du willst über ein wichtiges Buch berichten??? Oder Du schreibst Gedichte oder Kurzgeschichten??? Dann schreib in unserer Zeitschrift!!!

Melde Dich! Per Mail: bueroc@multicultural-center.de
telefonisch: 0651 - 48497